Nr. 163 • Einzelpreis 10 Pfennig

Dienstag, 15. Juni 1924

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint jeden Werktag; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit." Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Hara 42/44, Hofgebäude, zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4667 Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mark ab Postamt oder gegen Einsendung, 2,30 Mark mit Bestellgeld, am Postamt abonniert 2,40 Mark. Anzeigenpreis: 8 Pfg. im Anzeigen- und 40 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Hara 42/44. Fernruf 4005. — Zweigstelle: Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20319 Erfurt

„Versailler Bundeslade".

Londoner Vorwort.

+ Halle (Saale), 15. Juli.

Morgen vormittag 11 Uhr beginnt die Londoner Konferenz, die zunächst unter Ausschluß Deutschlands stattfinden wird. Die Alliierten sind sich darüber einig, daß Deutschland nicht eher zugelassen werden kann, ehe nicht ein vollkommenes Einverständnis unter ihnen über die schwebenden Reparationsfragen erzielt worden ist.

Die Schwierigkeiten der Londoner Konferenz sind an dieser Stelle bereits mehrmals angedeutet worden. Diese Schwierigkeiten sind vorwiegend in den inneren Verhältnissen der einzelnen Ententestaaten begründet. MacDonald hat gestern in einer an anderer Stelle wiedergegebenen Rede sehr treffend darauf hingewiesen, daß man in Frankreich den Versailler Vertrag als eine Art Bundeslade betrachte. Und der Liberale Asquith hat einleitend gesagt, daß Frankreich nichts weiter als den Versailler Vertrag und die Reparationskommission habe, auf denen seine Ansprüche und die Mittel zur Realisierung dieser Ansprüche basieren. Es ist natürlich, daß sich in Frankreich eine Art politischer Orthodoxie bezüglich des Versailler Vertrages um so stärker herausbilden mußte, je mehr die englischen Wirtschaftsinteressen sich von den ökonomischen Wünschen Frankreichs entfernten. Es ist aber auch klar, daß eine derartige politische Orthodoxie schließlich dazu führt, daß ein unter falschen Voraussetzungen geschlossener Vertrag — man denke nur daran, daß die Friedenskonferenz die bare Schuld Deutschlands im Jahre 1919 auf 132 Goldmilliarden festsetzte — daß ein solcher Vertrag mit der Zeit zu einer Gefahr für alle Beteiligten werden muß. Für den Schuldner zum Ruin und für den Gläubiger zu einer verstopften Quelle. Trotzdem gibt es in Frankreich keine einzige maßgebende Partei, die sich zurzeit zu der Erkenntnis durchgerungen hat, daß der Versailler Vertrag in der bestehenden Form ein schweres Hindernis für die internationale Verständigung und den internationalen Wiederaufbau darstellt. Immer, wenn Herriot wegen seiner neuen Politik angegriffen wurde, beruhigte er die besorgten Patrioten mit der Versicherung, daß seine Politik auf der Durchführung des Versailler Vertrages basiere. Seine beiden Senatsreden sind durchaus beweiskräftige Belegstücke zu der Mac Donaldschen Behauptung von der Versailler Bundeslade. Bedenkt man, daß diese Reden gehalten worden sind, um eine Mehrheit des Senats für den neuen Ministerpräsidenten zu gewinnen, und bedenkt man weiter, daß Herriot niemals eine Majorität im französischen Senat erlangt haben würde, wenn er auch nur den Gedanken einer Revision des Versailler Diktats ventilierte, so wird man verstehen, mit welchen Rücksichten der französische Ministerpräsident belastet heute nach London fährt . . . Allein diese Ueberlegung genügt, um sich vor überspannten Hoffnungen auf das Ergebnis der nächsten Tage zu hüten.

Ob es der englischen Regierung gelingen wird, die Debatte auf das Sachverständigengutachten zu beschränken, muß abgewartet werden. Sollte die französische Delegation jedoch die Erweiterung der Tagesordnung in der Richtung der Sicherheitsfrage und der interalliierten Schulden durchsetzen, so ist mit der größten Wahrscheinlichkeit mit einem negativen Erfolg der Londoner Konferenz zu rechnen. Man steht in England und Amerika bekanntlich auf dem Standpunkt, daß die Frage der deutschen Reparationszahlungen keine Angelegenheit der Ententepolitik, sondern lediglich der deutschen Leistungsfähigkeit ist, und man ist sich darüber im klaren, daß sich die Forderungen der Entente in der Möglichkeit der deutschen Leistungsfähigkeit erschöpfen. Das französische Verlangen nach Verknüpfung der Reparationsfrage mit dem Problem der interalliierten Schulden kann also wegen seiner politischen Tendenz zu einer Quelle ernster Störungen auf der Londoner Konferenz werden. Aehnlich liegen die Dinge in der Sicherheitsfrage. Frankreich, das die stärkste und bestausgerüstete Heeresmacht hat, die je die Welt sah, steht auf dem Standpunkt, es gibt nur eine französische Sicherheitsfrage. Dieser Standpunkt ist nach den Erfahrungen der letzten Jahre als falsch erwiesen. In diesem Lichte erscheint er nicht nur Deutschland, sondern auch England und Amerika. Der obenerwähnte Asquith hat in seiner gestrigen Rede darauf hingewiesen, daß Deutschland ebenso gut Sicherheitsforderungen zu stellen habe wie Frankreich. Es ist ganz klar, daß, falls die Sicherheitsfrage die Londoner Konferenz beschäftigt, nicht nur England, das sich durch die französischen Luft- und Unterseerüstungen bedroht fühlt, sondern auch die später zugezogene deutsche Delegation die Sicherheitsfrage vom Standpunkte ihres Landes darlegen würde. Damit wäre die Konferenz auf die schiefe Ebene der politischen Debatte gekommen und ihre Erfolgsaussicht stark herabgemindert.

Es kann nach Ansicht aller Kräfte lediglich Aufgabe der Konferenz sein, die sachlichen Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Verständigung aus dem Wege zu räumen. Das ist die erste Voraussetzung zur Sanierung der internationalen Oekonomie, die wiederum die Basis zur Gesundung des politischen Lebens und der politischen Beziehungen darstellt. Einige Zeit Durchführung des Sachverständigenplanes mit allen seinen Konsequenzen bezüglich einer großzügigen Kredit- und Wiederaufbaupolitik dürfte sehr erheblich zur Entspannung der Lage und zur Entspannung der Geister beitragen, dürfte vor allen Dingen in den einzelnen Ländern die Grundlage zur wirtschaftlichen und geistigen Neuorientierung erheblich verändern und damit die Aussichten für eine neue spätere Konferenz, die sich mit der Frage der Sicherheit und ähnlichen Dingen beschäftigen könnte, verbessern.

In dieser Situation erscheint es uns ganz selbstverständlich, daß die deutsche Regierung, sobald der Ruf nach Beteiligung an der Londoner Konferenz ergeht, eine Delegation entsendet, deren Marschroute auf die Annahme des Gutachtens „ohne Hörner und Zähne" eingestellt ist. Die Reichsregierung hat zwar in den letzten Monaten mehr Sorge um Agrar- und Industrieschutzzölle als um die Verbesserung der internationalen Lage gehabt. Sie hat sich mehr um die Bedürfnisse einer Berufsschicht als um die Nöte der großen Massen des Volkes gekümmert. Aber wir können nicht annehmen, daß sie nach London geht mit dem Rezept des Mitteldeutschen Industrieverbandes, der in einer an anderer Stelle wiedergegebenen Entschließung die deutsche Delegation verpflichten will, die Londoner Konferenz auf die inzwischen eingetretene Verschlechterung der Wirtschaftslage Deutschlands aufmerksam zu machen. Die Londoner Konferenz wird wahrscheinlich gemäß den Vereinbarungen zwischen MacDonald und Herriot eine Sachverständigenkommission einsetzen, deren Aufgabe die dauernde Prüfung der wirtschaftlichen Lage und der damit verbundenen Leistungsfähigkeit des deutschen Schuldners sein soll. Die deutsche Regierung hat also keine Ursache, die Interessen einzelner Berufsgruppen zur Verschleppung der Lösung der Reparationsfrage zu benutzen. Die Regierung möge sich im klaren darüber sein, daß jede Verschleppung eine Verlängerung der Ruhrbesetzung, eine Verlängerung der Micumverträge und damit eine Verlängerung der außerordentlichen Not bedeutet, die sich heute im Ruhrgebiet darin ausdrückt, daß Tausende verheirateter und unverheirateter Männer ihre Habseligkeiten zusammenraffen und ins Ausland, einem ungewissen Ziel entgegengehen.

Die Verantwortung, die auf den Regierungen lastet, ist also ungeheuer groß. Möge sich vor allen Dingen die deutsche Regierung darüber im klaren sein, daß von ihrer Haltung das Schicksal eines 60-Millionen-Volkes, die Gestaltung seiner Lebens- und Kulturverhältnisse für die nächsten Jahrzehnte abhängt.

* * *

Londoner Vorbereitungen.

Offene Diplomatie — aber kein Papageiengeschwätz.

London, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Die Vorbereitungen für die am Mittwoch beginnende Interalliierte Konferenz sind abgeschlossen. Die britische Regierung nimmt an, daß insgesamt 150 Vertreter der Regierungen teilnehmen. Ueber die Vertretung der britischen Dominien ist eine Entscheidung noch nicht gefallen. Am Dienstag will sich das Kabinett mit dieser Frage beschäftigen.

Trotz der französischen Bemühungen, den Aufgabenkreis der Konferenz auszudehnen, soll die Konferenz streng auf die Diskussion der Durchführung des Sachverständigenplanes beschränkt bleiben. Falls der Antrag gestellt werden sollte, die Frage der interalliierten Schulden zu besprechen, will die britische Regierung auf eine besondere Konferenz bestehen. Mac Donald äußerte sich am Montag im Unterhaus über die Frage der Beteiligung der Oeffentlichkeit an der Konferenz. Er sagte, daß darüber die Alliierten beim Zusammentritt der Konferenz beschließen würden. Es sei jedoch sicher, daß öffentliche Sitzungen nicht stattfinden und die Veröffentlichung über die Verhandlungen lediglich in offiziellen Berichten der einzelnen Delegationen geschehen werden. Auf die Frage, ob die Vorbereitungen der Konferenz auf der Basis einer offenen Diplomatie getroffen worden seien, antwortete Mac Donald: **„Sicherlich; aber nicht die offene Diplomatie nach Art des Papageiengeschwätzes."**

Die französische Delegation.

Foch bleibt zu Hause.

Paris, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Die Meldungen, daß der französischen Delegation für die Londoner Konferenz auch der Marschall Foch und General Degoutte angehören sollen, entsprechen nicht den Tatsachen. Die französische Delegation besteht nur aus vier Personen. dem Ministerpräsidenten Herriot selbst, dem Finanzminister Clementel, dem Kriegsminister Nollet und dem politischen Direktor im Außenministerium Perretti de la Rocca. Die Delegation wird von einer größeren Anzahl von Sachverständigen begleitet sein, unter denen sich mehrere höhere Beamte des Ministeriums des Auswärtigen, der Finanz und der Wirtschaft befinden, ferner der Generalstabschef des Marschalls Foch, eine General von der französischen Besatzungsarmee sowie mehrere Mitglieder der zivilen Besatzungsbehörde am Rhein und Ruhr und der französischen Vertretung bei der Reparationskommission.

Paris, 15. Juli. (WTB.)

Die Kammer hat in einer Nachtsitzung, die bis 2 Uhr früh dauerte, das Amnestiegesetz mit 325 gegen 185 Stimmen angenommen und sich dann bis zum 29. Juli vertagt.

Mac Donald im Unterhaus.

Stärkung der Regierung für die Londoner Konferenz. • Asquith und die Sicherheitsfrage. • Englands „mächtigster Konkurrent". Mac Donald über Versailles.

London, 14. Juli. (WTB.)

Bei Wiederaufnahme der Debatte über den Voranschlag des Foreign Office sprach zunächst Asquith, der Mac Donald beglückwünschte, daß die Konferenz in dieser Woche in London stattfinden werde. Der veröffentliche Briefwechsel habe gezeigt, daß zwei Dinge von seiten der britischen Regierung deutlich geklärt oder wenigstens angedeutet worden seien, nämlich 1. daß der Dawesbericht über den Versailler Vertrag hinausgehe und 2. daß die Aufgabe der Klärung, ob ein offentlicher Verzug stattfand, einer anderen Autorität als der Reparationskommission anvertraut werden müsse. Die Verträge zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten, welche den Versailler Vertrag begleiten sollten, seien verschwunden und würden auf keinen Fall in dieser Form wieder auftreten. Frankreich habe nichts übrig behalten, was ihm eine Kompensation für seine Verluste im Kriege biete oder seine Sicherheit verbürge als den Versailler Vertrag, und die einzig vom Vertrage gegebene Bürgschaft sei die Reparationskommission, in der Frankreich die dauernde Mehrheit habe. **Mac Donalds Besuch habe die innere Lage und den Bestand der Regierung Herriot gerettet und, wie er hoffe, auch die wirksame Tätigkeit der Konferenz.** Es beständen zwei Punkte von großer Bedeutung: die Räumung des besetzten Gebietes und die Sicherheitsfrage. Die Dauer jeder Vereinbarung über den Dawesbericht hänge von der Sicherheit ab, und der britische Standpunkt in dieser Frage müsse vollkommen klar gemacht werden. Erstens müsse jede Sicherung Frankreichs als Teil einer allgemeinen Verpflichtung Großbritanniens auf Grund der Völkerbundsatzung gegeben werden, **zweitens müsste die Frankreich angebotene Sicherheit unter den gleichen Bedingungen Deutschland angeboten werden und drittens müsste, damit dies möglich sei, Deutschland in den Völkerbund aufgenommen werden und einen Sitz im Völkerbundsrat erhalten. Das britische Reich müsste sich außerdem verpflichten, Frankreich und Deutschland den Gebrauch seiner Macht gegen jeden von beiden Staaten zu garantieren, der dem anderen einen Streit aufdränge, ohne die Maschinerie des Völkerbundes in Gang zu setzen, und zwar müßte dieses allgemein für alle im Völkerbund vertretenen Staaten gelten.**

Baldwin stimmte den Darlegungen von Asquith zu und führte aus: Im Verein mit Frankreich seien alle Dinge möglich, **bei einem englisch-französischen Gegensatz könne jedoch kein Fortschritt gemacht werden.** Er hofft, daß die Konferenz etwas erreichen werde. Baldwin betont die großen Erleichterungen, die Deutschland durch den Dawesbericht angeboten würden und sagte, es dürfe auf seiten Deutschlands kein Zögern bestehen, ihn anzunehmen. **Wenn Deutschland den Bericht annehme und die Anleihe aufgebracht werde, so würde England seinen eigenen größten und mächtigsten Konkurrenten wiederherstellen.**

Mac Donald erklärte darauf, daß die gegenwärtige Regierung die Sachverständigenkommission beerbt habe, aber zweifellos trage die Tatsache, daß die Kommission eingesetzt wurde und daß sich Amerikaner daran beteiligten, gewaltig dazu bei, daß es nun möglich sei, von neuem freundschaftliche oder wenigstens freundschaftlichere Beziehungen zu Frankreich zu gewinnen. Hinsichtlich der Verpflichtungen, die Deutschland durch den Dawesbericht auferlegt würden, sagte Mac Donald, es sei nur die Frage, ob hinsichtlich eines oder zweier Punkte des Berichtes man nicht versuche, Deutschland Verpflichtungen aufzuerlegen, die nicht im Bereich des Versailler Vertrages lägen. Diese Frage sei den Rechtssachverständigen vorgelegt und werde bei ihnen bleiben, bis deren Bericht der interalliierten Konferenz in dieser oder der nächsten Woche vorgelegt werde. Mac Donald fuhr fort: **die Politik, die seit dem ersten Tage, an dem er die Schwelle des Auswärtigen Amtes als Staatssekretär des Auswärtigen überschritten habe, von ihm befolgt worden sei, sei die, daß er nicht geglaubt habe und auch jetzt nicht glaube, daß in Europa Frieden herrschen könne, ehe England und Frankreich das Maß von Einigkeit erreicht hätten, das ihnen einige Jahre lang fremd gewesen sei. Frankreich sei infolge der Umstände dahin gelangt, den Versailler Vertrag wie eine Art Bundeslade zu betrachten.** Jede Anregung, ihn beiseite zu setzen, hätte sogleich Befürchtungen hervorgerufen, die, wenn die Anregung ohne Hintergedanken gemacht wurde, einfach in Erstaunen versetzten. Auch die Anregung, daß die Sicherheit, die Frankreich von den Operationen der Reparationskomission zu haben glaubt, abgeändert werden solle, habe dasselbe Gefühl in Frankreich hervorgerufen. Mac Donald fragte, welches Recht die Mitglieder auf den Bänken der Liberalen hätten, ihn anzuklagen, daß er Argwohn in Frankreich hervorrufe, weil er vorgeschlagen habe, daß die Operationen der Reparationskommission in Erwägung gezogen werden sollten. Während England Frankreich jede Sicherheit über den Vertrag von Versailles geben könnte, die Frankreich wünsche, müsse es außerordentlich **darauf bedacht sein, daß Frankreich die legalen Bestimmungen des Vertrages nicht erweitere.** Mac Donald verwies dann auf die Verwirrungen im Zusammenhang mit der Rheinlandkommission und sagte, es sei Englands Pflicht gewesen, zu dem Vertrag zu stehen und nicht zu etwas, das mehr wäre und darüber hinaus ging. Bezüglich der Fragen Asquiths und Baldwins über die Möglichkeit einer Teilnahme Amerikas sagte Mac Donald, die Angelegenheit dürfe nicht bis Mittwoch, Donnerstag oder gar Freitag aufgeschoben werden, aber er könnte

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192407151-17/fragment/page=0001

nichts sagen, außer daß es absolut klar sei, daß zuerst ein offizieller Vertreter der amerikanischen Regierung ganz unmöglich wäre.

London, 15. Juli. (Radio.)

Chamberlain beschuldigte in der gestrigen Sitzung des Unterhauses den Premierminister, durch seinen Versuch, die Reparationskommission abzuhalten, Deutschland den Vorwand zur Auflehnung gegen den Expertenplan gegeben zu haben. Morel erklärte, aus Deutschland ungeheure Summen herauszuholen, führe zu Enttäuschungen. Damit war die politische Debatte beendet. Als Gesamtergebnis der Aussprache ist zu verzeichnen, daß die englische Delegation trotz der Opposition innerlich gestärkt auf der Konferenz erscheinen wird.

Das Höchstmaß an Sicherungen.

Von **Wilhelm Sollmann.**

Wir deutschen Sozialisten, zumal wir am Rhein, anerkennen unumwunden, daß die Regierung Herriot den besetzten Gebieten sehr fühlbare Erleichterungen und einen erfreulichen Umschwung der Stimmung gebracht hat. Ebensowenig täuschen wir uns darüber, daß sowohl Herriot wie die französischen Sozialisten von Pfändern als Gewähr für die deutschen Zahlungen und von Sicherungen am Rhein gegen die befürchtete Gefahr eines neuen deutschen Einfalls nicht Abstand nehmen werden. Wer das amtliche französische Gelbbuch über „Die Verhandlungen betr. die Sicherheitsbürgschaften gegen einen deutschen Angriff" liest, müßte sich und andere betrügen, wenn er leugnen wollte, daß bei den geistigen Nachwirkungen der deutschen Invasion, bei der ungeklärten Weltlage, bei den zahlreichen Unsicherheiten in Europa und — leider — auch bei der geistigen Verfassung großer Volksmassen in Deutschland in absehbarer Zeit keine wie immer geartete Regierung Frankreichs auf Sicherungen am Rhein verzichten wird. Manchmal fast unter Preisgabe nationaler Würde spricht aus jeder Seite dieses Gelbbuches die fürchtbar maßlose Angst vor einer deutschen Invasion, die dann die fünfte seit dem Ende des 15. Jahrhunderts sein würde. „Schlechtes Gewissen", sagen unsere ehemaligen Vaterlandsparteiler, die bekanntlich als militärische Sieger kein Dörflein annektiert haben würden. Aber was helfen solche Scherz, gegenüber der grenzenlosen Furcht Frankreichs, daß ein neuer Krieg sein Land und sein Volk geradezu vernichten könnte? Uns scheint, hüben und drüben hätten alle Freunde der Verständigung daran zu arbeiten, daß sich die krankhaft gesteigerte Kriegsfurcht Frankreichs allmählich ebenso als Illusion erweist, wie der Kriegstraum unserer Lubendorffer für jeden vernünftigen Menschen in Deutschland.

Die Politik Poincarés in Frankreich und der mangelnde Erfüllungswille in Deutschland, ergänzt durch alberne Paradereden, haben die Franzosen ganz vergessen lassen, wie ausreichend die militärischen Bedingungen des Versailler Vertrages im Sommer 1919 selbst führenden Mitgliedern des Nationalen Blocks erschienen sind. Die 5- bis 15jährige Besetzung der Rheingebiete, die dauernde Entmilitarisierung dieses breiten Grenzstreifens, die darüber hinaus auf dem rechten Rheinufer vorgesehene neutrale Zone von 50 Kilometer Breite und die Möglichkeit einer jederzeitigen Völkerbundskontrolle schien damals sogar Herrn André Tardieu eine so weitgehende Sicherung zu sein, daß er in seiner großen Kammerrede vom 2. September 1919 zur Verteidigung des Versailler Vertrages die überängstlichen Kritiker an diesen Bestimmungen geradezu zerschmetternd abfertigte. Er verstieg sich zu dem Ausrufe, „daß gegen diese Gefahren der Vertrag für Frankreich das Höchstmaß von Sicherheiten geschaffen hat, die es jemals genossen hat. (Sehr richtig, sehr richtig!)" Er wußte, daß Deutschland „sich in einer Lage befinden wird, die ihm nicht gestattet, die allgemeine Mobilmachung vorzubereiten, die die Bedingung für den modernen Krieg ist". Er wußte und schilderte es genau, daß Deutschland unter dem Vertrage weder eine militärische noch eine industrielle Rüstung entwickeln kann, ohne das Frankreich dies bemerkt. Er kam zu dem glatten und richtigen Schlusse: „Deutschland ist nicht zu fürchten, weil es keinen Krieg führen kann." So André Tardieu vor fünf Jahren, und seitdem hat sich, militärisch gesehen, nichts zugunsten Deutschlands geändert.

Kann man also uns Deutschen zumuten, Sicherungen hinzunehmen — es ist ja leider immer nur von solchen für Frankreich die Rede — die noch über die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinausgehen, etwa eine dauernde militärische Besetzung der rheinischen Brückenköpfe? Wir sagen: nein, so sehr wir bereit sind, die ganz ehrliche und gewissenhafte Durchführung der Sicherungsartikel 42 bis 44 des Versailler Vertrages mit Frankreich zu überlegen. Wir dürfen von unsern politischen Freunden in Frankreich dasselbe Mißtrauen gegen ihre Militärs erwarten, das wir gegen alle militärischen „Patentlösungen" in unserem Lande empfinden. Das französische Gelbbuch zeugt von mancher politischen Bemühung in Frankreich, England und Amerika, auch für Deutschland erträgliche Sicherungsgarantien zu finden. Das Endurteil des Marschalls Foch war aber doch immer: „Es gibt nur eine Sicherheit: selbst am Rhein zu bleiben." Dauernd, für immer, für ewig. Die Sorge, daß dieser starke militärische Wille, den wir nun, wer weiß wie oft, in diesen fünf Jahren am Rhein gespürt haben, sich doch noch durchsetzen könnte, lebt in uns. Unsere französischen Freunde mit ihrer Sorge vor einem Wiedererwachen des deutschen Militarismus werden das verstehen.

Die überwältigende Mehrheit der Rheinländer, die trotz allem demokratischer und republikanischer sind, als alle anderen deutschen Stämme, werden mit allen Entmilitarisierungen, Neutralisierungen, internationalen Kontrollen sich abfinden, die keine Loslösungen von Ländern und Reich, keine dauernde Besatzung oder fremde Gendarmerie, keine Trennung unserer rheinischen Wirtschaft oder unserer rheinischen Verkehrsnetze vom Reiche bedeuten. Foch selbst hat als Höchstmaß seiner Sicherungen nicht die Aufrechterhaltung der Besetzung der Rheinlande verlangt, die trotzdem gekommen ist und durchgeführt wird, sondern: „Ich besetze die Rheinübergänge, was sehr wenig Streitkräfte beanspruscht." Seine ganze Sorge ist die, daß Deutschland in einer Nacht größere Streitkräfte durch die neutrale Zone über die wenigen Eisenbahnbrücken auf das linke Rheinufer werfen und sich dort entgegen den Friedensbedingungen militärisch festsetzen könnte. Von diesem nächtlichen Manöver befürchtet der große Feldherr so etwas wie den Untergang der westlichen Demokratien. Es wäre des Nachdenkens wert, wie man ihn und die Welt von dieser Sorge befreien könnte.

Offensichtlich handelt es sich nur um die Verhinderung des Gebrauchs der rheinischen Eisenbahnen und Eisenbahnbrücken zu einem plötzlichen militärischen Vorstoße, wie wir als Sozialisten hinzufügen müssen: von jeder Seite. Diese rein technische Kontrolle muß ebenso gut ohne Besatzungsheer möglich sein, wie seit Jahren und demnächst von neuem Militärkommissionen die Entwaffnung Deutschlands kontrollieren, ohne daß sie von Geschützen und Tanks begleitet werden und das Land mit Exerzierplätzen und Kasernen übersäen. Die deutschen Militärs, Techniker und Politiker, die sich bemühen würden, ein System zu finden, das die dauernde Entmilitarisierung der Rheinlande ohne Besatzungsheer gewährleistet, würden der deutsch-französischen Verständigung den besten Dienst erweisen. Gegen alle Versuche aber, diese Kontrolle mit einer dauernden militärischen Besetzung zu verquicken, wenden wir noch ein Wort André Tardieus aus jener Kammerrede an: „Wenn man uns sagte, daß die verlängerte Besetzung eines fremden Landes ein anormaler Zustand mit Konfliktsgefahren wäre, so hätte man damit recht." Fünf Jahre haben die Richtigkeit dieser Worte genügend bewiesen. Was bedarf es also noch weiterer Experimente?

Die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich ist uns rheinischen Sozialisten nicht nur eine kühle politische Erwägung, sie ist uns eine Sehnsucht aus den versunkenen Zeiten vor dem Kriege, als wir am Rhein fast vergessen hatten, daß das Volk jenseits der Ardennen und der Vogesen in alten östlichen Schulbüchern und schlechten Gedichten „Erbfeind" genannt wurde. Wir träumen nicht, aber wir haben einen politischen Willen zu einem hohen europäischen Ziele. Demokratie hüben und drüben, sozialistische und kulturelle Internationalen und mit ihnen der Völkerbund, in den nun Deutschland drängen muß, sollen uns helfen, das Höchstmaß von Sicherungen zu finden und zu verwirklichen, das den Rhein vom Militarismus befreit, von jedem Militarismus.

Die Arbeiter und London.

Amsterdam, 15. Juli. (Radiodienst.)

Die gemeinsamen Beratungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiterinternationale haben gestern begonnen. Die Konferenz beschäftigte sich mit der allgemeinen Lage in Europa, besonders mit den bevorstehenden Londoner Beratungen. Anwesend sind: Adler als Vertreter der Sozialistischen Arbeiterinternationale, Bell (England), Blum (Frankreich), Hermann Müller (Deutschland), Vandervelde (Belgien) und Vliegen (Holland). Die Beratungen dürften am morgigen Mittwoch zu Ende gehen.

Finanzsorgen der französischen KP.

Paris, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Die „Humanité" veröffentlicht am Montag einen Aufruf der Kommunistischen Partei Frankreichs, in dem diese erklärt, daß sie mit ihren finanziellen Mitteln am Ende sei und die Parteikasse ein ungeheures Defizit von 700 000 Franken aufweise. Aus Mangel an Mitteln habe die Partei bereits einen Teil der Funktionäre entlassen und die Bezüge der anderen herabsetzen müssen. Der Aufruf spricht von einer schweren Krise und fordert die Parteimitglieder auf, durch Abführung mindestens eines Tagesverdienstes an die Parteikasse der Partei die Möglichkeit zu geben, die politische Arbeit fortzusetzen.

Die französischen Kommunisten befinden sich bekanntlich nicht im besten Einvernehmen mit Moskau. Das wird auch der Grund sein, weshalb zu der politischen Ebbe die finanzielle getreten ist.

Zusammentritt des Reichstages.

Die fertiggestellte Vorlage der Goldnotenbank. — Der Reichsrat überwiesen.

Berlin, 15. Juli. (Radiodienst.)

Der Reichstag wird voraussichtlich am 23. Juli wieder zusammentreten, da in parlamentarischen Kreisen erwartet wird, daß bis dahin die Londoner Konferenz beendet ist und man hofft, daß die Vorarbeiten für die auf Grund des Gutachtens von Deutschland anzunehmenden Gesetze bis dahin erledigt sind. Sowohl die eine als auch die andere Annahme dürfte zutreffend sein. Die Arbeiten der mit der Ausarbeitung der Gesetzentwürfe betrauten Kommissionen sind bereits im großen und ganzen beendet. Fertig ist zum Beispiel seit dem 12. Juli der Organisationsentwurf über die Goldnotenbank. Die anderen Entwürfe sind noch im Laufe dieser Woche zu erwarten. Der Organisationsentwurf betreffend die Goldnotenbank bestimmt, daß der Sitz der neuen Bank in Berlin ist. Das Direktorium wird eine reindeutsche Behörde sein, die bei ihren Entscheidungen jedoch auf einen Generalrat von 14 Mitgliedern angewiesen sind. Das neuzuschaffende Institut wird nach dem Entwurf von der Reichsregierung völlig unabhängig sein.

Die neuen Noten werden den Namen „Reichsmarknoten" erhalten und bis zu zehn Mark hinuntergestückelt werden. Daneben ist auch die Gold-, Silber- und Kupferprägung vorgesehen, und zwar in Münzen von einem Pfennig bis 5 Mark. Die Hauptgrundlage der Bank wird die Deutschland zu gewährende Auslandsanleihe in Höhe von 800 Millionen Goldmark sein. Der gesamte Notenumlauf wird sich auf etwas über 5 Milliarden Goldmark beziffern. Diese Summe setzt sich zusammen aus 2½ Milliarden Umlauf an Goldmarknoten, 1½ Milliarden Rentenmarkscheinen und 1,2 Milliarden Gold- und Silbermünzen. Die Rentenbank wird als Währungsbank in Fortfall kommen, wenn sie auch noch für zehn Jahre die Funktionen des Geldumlaufs allerdings in fortschreitend geringerem Maße zu erfüllen haben wird, da diese Noten schrittweise eingezogen werden. Als Notendeckung gilt das alte Verhältnis von ein Drittel in Gold und Devisen. Allerdings besteht einstweilen noch keinerlei Einführungspflicht der Bank für die neuen Noten. Dies wird erst zu einem späteren Zeitpunkt beschlossen werden. Für die Girogelder ist außerdem eine besondere Deckung vorgesehen, die ebenfalls ein Drittel in Gold und Devisen vorsieht. Diese Maßnahme ist auf den Wunsch der amerikanischen Experten, die offenbar eine starke Sicherung ihrer zur Verfügung stellenden Gelder wünschen, zurückzuführen.

Bei den Verhandlungen zwischen Schacht und Kindersley stand von Anfang an lediglich die eine Tatsache im Vordergrund, daß die neue Währung absolut stabil bleiben muß, und daß durch keinerlei politische Einflüsse oder sonstige Manipulationen eine neue Inflation herbeigeführt werden kann.

Die Beschlüsse des Organisationskomitees sind bereits der Reparationskommission übermittelt worden.

Moskauer Klassenkampf im Landtag.

Berlin, 15. Juli. (Soz. Parl.-Dienst.)

Im Preußischen Landtag leisteten sich die Kommunisten am Montag wieder ein schönes Stückchen. Krawall, Tumult, Flegeleien und Anpöbeleien — alles gut vorbereitet. Die „Stimme des Volkes" oben auf der Tribüne des Publikums war gut instruiert und wartete nur auf das Stichwort von unten. Wenn wir nicht irren, war es Abg. Stiellerling, der oben auf der Tribüne die Regie führte. Auch der frühere kommunistische Landtagsabgeordnete Schulz (Neukölln) hatte sich — natürlich ganz zufällig — auf der Pressetribüne eingefunden, um sich die ihm wohlbekannten „Vergewaltigungen" der Kommunisten durch den Präsidenten mit anzusehen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangten die Kommunisten sofortige Beratung ihres Antrags, der dem Landtagspräsidenten wegen der Durchsuchung der kommunistischen Fraktionszimmer das Mißtrauen ausspricht. Die Beratung scheitert am Widerspruch des Hauses. Erster Krawallsturm. Abg. Liebknecht (KPD.) erklärt, daß auch die Schränke der Unabhängigen erbrochen worden seien. Zweiter Krawallsturm. Der Kommunist Schmidt (Hannover) verlangt die sofortige Beratung eines Antrags auf Entlassung des Oberpräsidenten Noske und des Polizeipräsidenten wegen der Massenmord-Affäre. Der Antrag wird abgelehnt. Nun nimmt die Kommunistin Frau Wolffstein zur Geschäftsordnung das Wort und protestiert gegen die „Sanzustände" in Preußen. Der Präsident entzieht ihr schließlich, da sie nicht zur Geschäftsordnung spricht, das Wort. Frau Wolffstein übergibt dann dem Präsidenten einen Antrag auf Untersuchung der Zustände bei der Düsseldorfer Polizei. Der Präsident erklärt, daß er weder Inhalt noch Nummer des Antrags kenne. Frau Wolffstein antwortet dem Präsidenten: „Stellen Sie sich doch nicht dümmer als Sie sind."

Nun wurde dem Präsidenten die Sache doch zu bunt und er schloß Frau Wolffstein von der Sitzung aus. Minutenlanger Krawall und Tumult der Kommunisten. Frau Wolffstein bleibt im Saale. Der Präsident unterbricht die Sitzung. In der Pause läßt sich Frau Wolffstein von ihren Freunden überreden, den Saal zu verlassen. Nach einer halben Stunde wird die Sitzung wieder eröffnet. Präsident Leinert teilt mit, daß Frau Wolffstein wegen Weigerung, den Saal zu verlassen, für acht Sitzungstage ausgeschlossen ist. Noch ein paar Zwischenrufe, dann legt sich die

„Le Compagnon"

(Der Gefährte.)

41] Von **Victor Margueritte.**

Autorisierte Uebersetzung von **Hans Adler.**

Paula, deren Herzenswunsch der rote Lauferteppich auf der Kirchentreppe, ein festlicher Portier und die Orgel gewesen wäre, mußte sich bescheiden. Trotz Annikas Widerstand hatte sie unbedingt auf der kirchlichen Einsegnung bestanden, die sie für unentbehrlich hielt.

„Du kannst reden, was du willst, für mich ist die Ehe ein Sakrament geblieben . . ."

„Das war vielleicht der Fall, wie du als kleines Mädchen im Kloster der Annunziation warst! Aber in Wirklichkeit kümmert's dich doch gar nicht . . ."

„Pardon! Ich gehe noch immer von Zeit zu Zeit in die Messe."

„Ja, am Sonntag, wenn du ein neues Kleid hast! Es ist damit wie mit deiner fixen Idee, ein weißes Brautkleid anzuziehen und einen kleinen Kranz aufzusetzen, um allen Leuten aufzufallen!"

„Na, und?" hatte Paula protestiert.

Der Brautschleier schien ihr, wie der der ersten Kommunion, eine Art Uniform, deren sich jede Frau an diesem festlichen Tage bedienen mußte, wenn sie sich nichts vergeben wollte.

„Aber du bu doch nichts glaubst!"

„Ich glaube, daß es nicht der Mühe wert gewesen wäre, als Jungfrau in die Ehe zu treten, wenn ich dafür nicht einmal die gesellschaftlichen Vorteile haben sollte . . ."

„Das ist wenigstens logisch gedacht. Sinnlos, aber logisch! . . . Und es wird dir wirklich nicht übel, wenn du an das schmutzige Lächeln der Zuschauer denkst, die sich in Gedanken vorstellen, wie das Opfer vom Altar an die Schlachtbank muß? Das ist doch eine Sitte für Wilde! . . . Das sind Dinge, die niemand kümmern! Das Standesamt meinetwegen noch, wenn man, wie du, an den Nutzen gesellschaftlicher Formalitäten glaubt . . . Aber dann ohne jemand einzuladen . . . Zwei Zeugen, die Eintragung, die Unterschriften und Adieu . . . Damit würde ich mich an seiner Stelle begnügen."

Aber Paula hatte in ihrem Eigensinn — und zwar diesmal in vollem Einverständnis mit Martinet — an alle Bekannten, die erreichbar waren, Einladungen ausgeschickt. Da sie es durchgesetzt hatte, daß neben ihrer Schwester Herr Amedee Jacquemin, Abgeordneter der Stadt Paris, als ihr Trauzeuge fungierte, hatte Martinet seinerseits den Vorstand der Juweliergenossenschaft aufgetrieben und einen Onkel aus der Provinz ausgegraben, der Notar war. Die Aussicht auf einige vergnügte Tage in Paris hatte diesen alten Herrn gefördert.

Annika und Amedee bekleiten von diesem Tage eine melancholische Erinnerung. Die geschmackvolle Zurschaustellung, die verschmitzte Neugierde der Eingeladenen — das ganze Aufgebot des Juwelenbands und der Schneiderei in Reih und Glied auf dem Gemeindeamt und in der Kirche, wie bei einer Theatervorstellung —, der lärmende Wirbel des Festessens im Restaurant Gillet, wo in den Nebensalons schon drei andere Hochzeiten tüllspitzen, polterten und sangen, — alles das hatte ihnen die geweihte Erinnerung an ihre eigene Vereinigung nur noch teurer gemacht.

Sie hatten auch weiterhin ihre getrennten Wohnungen beibehalten.

Oft schlief Amedee bei Annika und sie richtete sich dann für den Rest des Tages auf dem Boulevard Raspail wie zu Hause ein. Sie erschien am Morgen, leitete die Bureauarbeit und überließ Frau Damois, deren Ergebenheit sie kannte und deren Fähigkeiten sie schätzte, die Führung der Wirtschaft. Voll Dankbarkeit gab sich diese ausgezeichnete Frau alle Mühe, ihnen schmackhafte kleine Mahlzeiten zu kochen; sie waren keine großen Esser, aber Feinschmecker.

Im Konzert ihrer Sinne im Gleichklang schwingend, kannten sie die volle Harmonie. Annika hatte in ihrem Glücke keinen anderen Gedanken, als den, ihm zu gefallen. Tausenderlei Aufmerksamkeiten kamen ihr in den Sinn, die dem Mann schmeichelnd und ihn schließlich an die Frau fesseln. Er fand seinen Arbeitstisch immer in Ordnung und mit Blumen geschmückt. Die verschiedensten kleinen Gebrauchsgegenstände, auch Bilder, brachten Heiterkeit auf Möbel und Mauern. Selbst Anzüge von guter Fassung und eleganz, sorgfältig ausgewählte Krawatten hüllten die Lücken in Amedees Garderobe aus und gaben ihm ein erneuertes Aussehen, das seine Freunde allmählich verblüffte wie seine glückstrahlende Miene.

Eine einzige Verstimmung, die übrigens nicht lange währte, weil sie sofort aufgeklärt wurde, hatte einen leichten Schatten auf ihre zärtlichen Beziehungen geworfen: Die Geldfrage . . . Amedee, der sich sehr gut vorstellen konnte, daß eine junge und hübsche Frau, auch wenn sie noch so bescheiden war, mit den achthundert Franken, wie sie Annika seit Ende Mai als seine Sekretärin bezog, gezwungen war, genau zu rechnen, — wünschte, daß sie gemeinsame Kasse führten.

„Da wir uns einander vollkommen gegeben haben," hatte er eines Tages gesagt, als sie eben von der allgemeinen Teuerung sprachen, „möchte ich, daß du in materieller Beziehung keinerlei Sorgen habest . . . Was ich besitze, gehört auch dir. Ich mache dir also gar kein Geschenk, sondern ich gebe dir, was dir gehört. Mit dem, was du hast, kannst du nicht leben, wie ich es wünschte. Ein wenig großzügiger . . ."

Sofort unterbrach sie ihn zärtlich:

„Ich schwöre dir, daß ich nichts brauche. Wenn ich knapp wäre, würde ich es dir ganz einfach und von selbst sagen. Bitte, sprich nicht mehr davon . . . Ich danke dir."

Sein enttäuschter Blick veranlaßte sie, sich zu analysieren. Sie gab zu:

„Es ist komisch, aber die Idee, daß zwischen uns die geringste . . . oh! nicht Auseinandersetzung . . . nein, selbst eine bloße Besprechung über Geld stattfindet, macht mich verlegen, versetzt mich geradezu . . . Warum? Ich weiß es nicht . . . Vielleicht übertriebener Stolz auf meine Unabhängigkeit."

Sie bemerkte seine Betrübnis und bedauerte, ihn gekränkt zu haben. Sie umarmte ihn:

„Verstehst mich doch recht! Ich weiß ja sehr gut, daß du voll Zartgefühl und Güte bist . . . Aber was willst du? Ich habe einmal diese Art von Schamgefühl . . . Es ist dumm? Ich sage nicht nein . . . Also gut, sobald es notwendig sein wird, kommen wir auf die Sache zurück. Das verspreche ich dir, sei ganz beruhigt . . ."

Er hatte seinen Vorschlag zurückgezogen, ohne üble Laune zu zeigen, aber mit der unmerklichen Verstimmung eines Menschen, der verkannt wird. Zum ersten Male, seit er sie besaß, war er bei ihr auf einen Winkel ihrer Seele gestoßen, wo sie sich vor ihm verschloß. Wie sie an seiner Arbeit teilnehmen ließ, hätte er nun auch gewünscht, alles was ihn interessierte und berührte, mit ihr zu teilen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192407151-17/fragment/page=0002

Aufregung und das Haus kann die zweite Beratung des Haushalts der Bergbauverwaltung fortsetzen. — Nächste Sitzung: Heute, Dienstag, 12 Uhr.

Allgemeiner Schutzzoll-Wucher.

Das solidarische Industrie-, Agrar- und Handelskapital.

Gelegentlich der Veröffentlichung der Schutzzollvorlage haben wir bereits betont, daß die maßgebenden Stellen neben der Wiederherstellung der Agrarzutzzölle auch einen verschärften Industrieschutz planen. Ursprünglich sollten Agrarier und Industriezschützzöllner zu gleicher Zeit befriedigt werden. Infolge des Alarmrufs der sozialdemokratischen Presse nahm man Abstand von diesem sauberen Plan. An dem alten Ziel hält man jedoch fest. Wie wir erfahren, wird in den Amtszimmern der Regierung und der großen Wirtschaftsverbände fleißig gearbeitet, um die Oeffentlichkeit eines guten Tages mit einer Industrieschutzzollvorlage zu überraschen.

Die dargelegte Ansicht wird bestätigt durch den Reichslandbund, der die Presse am Montag geladen hatte, um Oel in die Wogen zu gießen, die angesichts der Brotverteuerung und der Vorgänge an den Produktenbörsen sehr hoch gehen. Dabei wurde betont, daß die Zollpolitik nur ein kleiner Ausschnitt aus einem Gesamtprogramm ist, dessen Ziel die Wiederherstellung der Wirtschaftszustände der Vorkriegszeit darstelle. Vorläufig verlangt deshalb der Landbund neben den Agrarzöllen und der freien Getreideausfuhr, die ja von Herrn Kanitz von Fall zu Fall schon zugestanden worden ist, vor allem auch Zugeständnisse in der Kreditpolitik des Reiches. Auf Anfrage wurde vom Landbund versichert, daß man zugleich mit dem Agrarzoll ein allgemeines Schutzzollsystem anstrebe, das auch die Industriewaren mit hohen Zöllen belege. Die Fleisch- und Getreidezölle auf lange Sicht sind den Agrariern so wertvoll, daß sie eben für die Zustimmung der Industrie Schutzzoll auf industrielle Fabrikate zugestehen, obwohl diese Konzession für die Landwirtschaft Verteuerung der Produktions- und Lebensmittel bedeutet.

Wie eng das Bündnis zwischen Agrarierthum und Industrie bzw. Handel ist, beweist übrigens die schwindende Initiative der Landwirtschaft in der Preisfrage. Bekanntlich liegen die Erzeugerpreise der Hauptagrarartikel unter Friedenspreis, während die Kleinhandelspreise über Friedensstand stehen. Früher haben die Agrarier die Beseitigung der wucherischen Preisspannen zwischen Erzeuger- und Detailpreisen als Weg bezeichnet, die Lage zu bessern. Von sozialdemokratischer Seite sind auch Versuche gemacht worden, den kürzeren Weg zwischen Erzeuger und Verbraucher durch die Genossenschaften herzustellen. Jedoch hat die Landwirtschaft in letzter Zeit nur schwach reagiert. In der am Montag erfolgten Besprechung hatte man den Eindruck, daß die Landwirtschaft auf dieses vernünftige Mittel ganz verzichtet, um die Händler für die Zollvorlage zu gewinnen.

•

Gewerkschaften und Schutzzölle.

Eine Besprechung mit dem Reichsernährungsminister.

Heute, Dienstag, nachmittag um 5 Uhr findet im Reichsernährungsministerium eine Besprechung zwischen den Gewerkschaften und dem Reichsernährungsminister statt. Gegenstand der Besprechungen ist die Frage der Agrarschutzzölle. Im Rahmen der Zolldebatte ist von der Regierung betont worden, die Gegner der Agrarzölle sollten andere Wege zum Schutz der Landwirtschaft zeigen. Nach Auffassung führender Gewerkschaftskreise ist das nicht in erster Linie Sache der Gewerkschaften. Ihre Pflicht sei, das Reichsernährungsministerium auf die psychologische Unmöglichkeit aufmerksam zu machen, der Arbeiterschaft zu den bereits auf ihr ruhenden Lasten auch noch die Schutzzoll-Last aufzupacken.

Die Besprechung des Reichsernährungsministers mit den Gewerkschaften ist — wohl nicht ohne Absicht — noch vor der am Donnerstag dieser Woche in Berlin stattfindenden Konferenz der Landwirtschaftsminister der Länder angesetzt worden. Diese Konferenz soll sich in erster Linie mit der Kreditfrage befassen. Es werden etwa 400 Millionen neue Kredite für die Landwirtschaft gefordert. Nach unseren Informationen können jedoch höchstens 200 bis 300 Millionen bewilligt werden. Wahrscheinlich wird eine Sonderzuweisung an Bayern nicht zum Beschluß erhoben, da die übrigen Länder, besonders Preußen, auf eine gerechte Verteilung dringen werden. Preußen verlangt, daß selbstverständlich die Kreditfähigkeit der eigentlichen Empfänger der Kredite geprüft wird, aber darüber hinaus die Verteilung der Kredite über die Länder erfolgen soll. Also zwei Drittel der Kredite an Preußen und innerhalb Preußens prozentuale Verteilung auf die Provinzen und Sicherung gegen Begünstigung irgendwelcher Bestrgrößen. Die Kreditfrage wird auf der Konferenz, wie wir erfahren, nicht nur im Hinblick auf die Finanzierung der Ernte eine Rolle spielen. Sie soll ganz allgemein als Hauptthilfe für die Landwirtschaft erwogen werden.

Wenn jetzt übrigens zur Hilfe für die Landwirtschaft als Ersatz für die Schutzzölle neben der Bereitstellung größerer Kredite auch die Ausschaltung des übergroß gewordenen Zwischenhandels besonders hervorgehoben wird, so müssen wir daran erinnern, daß unsere Genossen im Reichstag wiederholt auch die Notwendigkeit einer engeren organisatorischen Verbindung zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugern und den städtischen Konsumenten hingewiesen haben. Die Konsumgenossenschaften sind der Auffassung, daß die Initiative hierfür von den landwirtschaftlichen Genossenschaften ausgehen muß. Die Konsumgenossenschaften würden es begrüßen, wenn zur Ausschaltung des parasitären Zwischenhandels endlich einmal etwas getan würde. Sie sind zur Mitarbeit bereit.

Strafantrag im Münchener Kommunisten-Prozeß.

München, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Nachdem im Kommunistenprozeß am Sonnabendabend um 9 Uhr das Verhör der Angeklagten beendet war, begann am Montag der Staatsanwalt sein Plädoyer. Er suchte die Rechtsgültigkeit des bayerischen Ausnahmezustands und des Scharfen Verbotes der KPD. nachzuweisen. Eine Rechtsungültigkeit des bayerischen Ausnahmezustands sei niemals vom Reichsgericht behauptet worden, sondern das Reichsgericht habe nur festgestellt, daß die inzwischen wieder aufgehobene Verordnung des Generalstaatskommissars, die den Vollzug der Republikschutzgesetze außer Kraft setzte, allgemein und besonders für die Gerichte nicht bindend gewesen sei. In einer auch im Tone vielfach ausgezeichnet scharfen Rede gegen die Kommunisten beschäftigte er sich u. a. mit der „Diktatur der Harfe, Ebert, Scheidemann und Genossen", mit der Einsetzung der kommunistischen Minister in Sachsen und Thüringen und den dadurch notwendig gewordenen Grenzschutzmaßnahmen Bayerns. Er kündigte ferner an, daß kommunistische Vorbereitungen zu Sprengstoffattentaten den Staatsgerichtshof demnächst in großem Umfange beschäftigen werden. Zum Schluß beantragte der Staatsanwalt, sämtliche Angeklagte unter Zubilligung mildernder Umstände schuldig zu sprechen. Für den Landtagsabgeordneten Gös verlangte er eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr, für den Abgeordneten Büchs, den Stadtrat Tierauf, Dr. Frank, Kreitmeier, Thunig und Wagner je 10 Monate, für weitere sieben Angeklagte je 6 Monate, für einen Angeklagten 8 Monate und für alle übrigen je 2 Monate Gefängnis.

Held macht Außenpolitik.

Mit Hilfe der nationalistischen Hochverräter.

München, 14. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Bei seinem Besuche des Fliegergedenktages in Nürnberg hat sich Ministerpräsident Dr. Held Entgleisungen zuschulden kommen lassen, die nach verschiedener Seite hin bemerkenswert sind. Schon das offizielle Auftreten beim Fliegertage konnte er nicht vorbeigehen lassen, ohne der sogen. vaterländischen Jugend den wärmsten Dank der Staatsregierung auszusprechen, verbunden mit der Bitte, „diese Jugend möge so weiter arbeiten und an der Seite der Staatsregierung alles vorbereiten, damit die Schmach ausgelöscht werde". Ein großer Teil dieser schwarzweißroten Jugend, jedenfalls soweit sie in Hitler ihren Führer sieht, wird aus diesen Worten des Liquidationsministerpräsidenten nicht recht klug geworden sein. Denn entweder folgt sie der Parole des 8./9. November 1923 gegen die Staatsregierung oder sie folgt der Parole der Staatsregierung gegen Hitler. Beides war bis Montag keineswegs identisch. Ob es im übrigen vaterländisch ist, Frankreich und die übrige Welt, soweit sie poincaristisch gegen Deutschland eingestellt ist, offiziell die Nase darauf zu stoßen, daß die Staatsregierung eines deutschen Landes zusammen mit der sogen. vaterländischen Jugend „alles vorbereitet, damit die Schmach ausgelöscht werde", ist eine Frage, die wir der politischen Beurteilung der weitesten Oeffentlichkeit überlassen wollen.

Mehr Interesse als diese offizielle Rede verdienen über Mitteilungen, die Ministerpräsident Dr. Held am Sonnabendabend in einem engergesonnen Kreise seiner Parteifreunde in Nürnberg gemacht hat. Hier hat er politisch wirklich bedeutsame Ausführungen gemacht, die einen anwesenden Redakteur der „Bayerischen Volkszeitung" in Nürnberg veranlaßten, sie in einem Interview zusammenzufassen. Was Dr. Held hierbei über die Räumung der Ruhr gesagt haben soll, ist auch nur wieder Wasser auf die Mühlen der französischen Nationalisten. Allerdings tragen diese Mitteilungen der „Bayerischen Volkszeitung", wie ein Dementi des Ministerpräsidenten bereits verkündet, den Charakter einer Erfindung an sich, die höchstens ein paar nichtsertandene Andeutungen, die Held in dem rein vertraulichen Kreise machen zu können glaubte, als reelle Grundlage haben können."

Nach derselben Volkszeitung hat Dr. Held im gleichen Kreise auch über die Eisenbahnfrage gesprochen, wie sie in Berlin in der Konferenz der Ministerpräsidenten verhandelt wurde. Da diese Ausführungen in dem Dementi nicht ausdrücklich erwähnt sind, muß man annehmen, daß sie tatsächlich so gemacht wurden. Danach hat Dr. Held seine Parteifreunde davon unterrichtet, daß bei den Verhandlungen mit dem Organisationskomitee Deutschland wesentliche Erleichterungen erzielt hat. So habe Deutschland durchzusetzen vermocht, daß die Aufsichtsratsmitglieder der Eisenbahn-Aktiengesellschaft bis auf vier nur Deutsche sein werden, daß alle Differenzen durch ein neutrales Schiedsgericht verhandelt werden und daß der Generalkommissar keinerlei Enteignungs- oder Verpfändungsrechte haben wird, wie es in dem Sachverständigengutachten vorgesehen war. Die Festsetzung der Tarife wird ausschließlich Deutschland überlassen werden. „Für den Fall, daß unsere Vorschläge über die Rückgabe der Eisenbahnen mit eigener Reparationsbelastung nicht anerkannt werden, habe ich in Berlin die Forderung der Wiederherstellung eigener bayerischer Eisenbahnhoheit bereits jetzt angemeldet für die Zeit nach dem Verkauf dieser Aktiengesellschaft. Wir sind entschlossen, unter keiner Bedingung von dieser Forderung abzugehen und wenn es jahrzehntelang dauern sollte bis zu ihrer Verwirklichung." (!)

•

Ministerpräsident und „Kronprinz".

München, 14. Juli.

Bei der Enthüllung des Fliegerdenkmals in Nürnberg nahmen Ministerpräsident Dr. Held und der ehemalige Kronprinz Rupprecht, dieser in Feldmarschallsuniform, den Vorbeimarsch der ehemaligen Krieger- und vaterländischen Vereine ab. Auf der Festversammlung gedachten beide in kurzen Ansprachen der unvergeßlichen Taten des deutschen Fliegerkorps im Weltkriege. Beim Erscheinen des ehemaligen Kronprinzen im „Belvedrom" sang die Menge die von der Musikkapelle gespielte Königshymne mit. (Zwei bescheidene Fragen: War die Musik von der Reichswehr gestellt? Hat auch Herr Held mitgesungen? D. Red.)

Im Lande der unbegrenzten vaterländischen Unmöglichkeiten ist beides nicht ausgeschlossen.

„Nationale Arbeitswehr."

Lieferung von Arbeitssklaven für das Kapital.

Als „Nationale Arbeitswehr" hat sich in Groß-Lichterfelde Ost bei Berlin eine patriotische gewerbsmäßige Stellenvermittlung aufgetan, vor der nicht dringend genug gewarnt werden kann, da es sich nicht nur um ein nationalistisches Gebilde, sondern um ein geschäftstüchtiges Unternehmen zur Lieferung von Arbeitssklaven an das Unternehmertum handelt. Geschäftsführer ist ein Herr Kühnke, der dem im Adreßbuch als „Chefredakteur" findet. Diese „Nationale Arbeitswehr" vermittelt Arbeitsstellen kostenlos, wie angekündigt wird. Nur muß man Mitglied der Wehr werden, was 1 Mk. Eintritt kostet. Außerdem wird denen, die auf den Leim kriechen, ein einmaliger „Unkostenbeitrag in Höhe von 10 Prozent eines Wochenlohnes bei gewerblichen Arbeitnehmern bzw. 5 Prozent eines Monatsgehalts bei kaufmännischen Angestellten" abgeknöpft. Daneben wird „einzig Anstand und Gesinnung" verlangt. Welche Art von Gesinnung geht aus den zehn Richtlinien hervor, die den Mitgliedern als Verhaltungsmaßregeln mitgegeben werden. Diese sprechen sich gegen Streik und plötzliche Arbeitsniederlegung aus, da sie Arbeitnehmer und Arbeitgeber schädigen. Ohne Obmann oder Betriebsrat werden die Interessen des Wehr-Arbeitnehmers vom Arbeitgeber wahrgenommen, wenn er sich als treuer Mitarbeiter fühlt. Die Interessen des Kameraden wahrt die Wehr in „zweckentsprechender Weise". Dafür muß der Wehrmann die Ueberzeugung haben, daß die Wehr „im Ehrenkampf um unser deutsches Vaterland mit klarem Blick und fester Hand zur Stelle sein wird". Kein Wunder, daß die NAW. Sport betreibt, an dem sich der einzelne zu beteiligen hat, damit er dereinst „feste um sich haut". Was erlebt aber ein Opfer, das sich kädern läßt, auf dem Gebiet der Entlohnung und der Arbeitszeit? In Berlin werden von dieser famosen Wehr Metallarbeiter-Stellen nachgewiesen, wo bei täglich 10 Stunden Arbeitszeit 35 Pf. in der Stunde bezahlt werden. Bei solcher Ausbeutung muß die wahre Vaterlandsliebe, wie sie die Unternehmer und ihre nationalistischen Söldlinge auffassen, entschieden blühen.

Ein offizieller Sowjetspion in der Türkei gefangengesetzt. Die Regierung in Angora hat den Militärattaché der russischen Sowjetregierung gefangengesetzt, weil sie ihm Spionage nachgewiesen hat.

Verbotene völkische Zeitung. Die in Hof erscheinende „Völkische Presse" wurde von dem Staatskommissar für Mittelfranken auf acht Tage, bis zum 17. Juli einschließlich, wegen eines Artikels verboten, der sich mit dem Verbot des „Völkischen Echo" in Nürnberg befaßte.

Das französische Nationalfest. An Stelle der wegen der großen Hitze abgesagten großen militärischen Parade ist gestern zum Nationalfest eine kurze Feier am Grabe des unbekannten Soldaten abgehalten worden, an der der Präsident der Republik und die Mitglieder der Regierung teilnahmen.

Der Hitler-Mob demonstriert. Gestern nachmittag 5 Uhr kam es vor der französischen Gesandtschaft in München zu Demonstrationen, weil dort anläßlich des französischen Nationalfeiertags die Trikolore aufgezogen war. Die Landespolizei zerstreute die Demonstranten und nahm einen Teil davon fest.

Wirtschaftspolitik.

Arbeiterentlassungen in der Mannheimer Industrie.

Mannheim, 14. Juli. (WTB.)

Die Firma Heinrich Lanz legt infolge Geld- und Kreditmangel am kommenden Sonnabend ihren Betrieb still. Sie entläßt ihre 5000 Arbeiter und kündigt zum nächsten zulässigen Termin ihrer gesamten Belegschaft. Das badische Arbeitsministerium hat sich außerstande erklärt, dem Ersuchen der Firma um Staatskredite nachzukommen.

Mannheim, 14. Juli. (WTB.)

Die Automobilfabrik Rabag-Bugatti entläßt morgen vorerst zwei Drittel ihrer Arbeiterschaft.

Der Verband der mitteldeutschen Industrie beschäftigte sich am Montag mit dem Gutachten der Sachverständigen. Er betrachtete das Gutachten als geeignete Grundlage zur Lösung des Reparationsproblems, verlangt aber, daß die Reichsregierung der ihren Verhandlungen mit der Entente auf die inzwischen eingetretene Verschlechterung der deutschen Wirtschaftslage aufmerksam macht.

Aus aller Welt.

Schwerer Zugunfall in der Schweiz.

Bern, 15. Juli.

Ein mit Ausflüglern aus Lugano besetzter Zug der Centovallibahn entgleiste auf der Fahrt nach Domodossola im Bahnhof Masera. Eine Frau wurde getötet, dreißig Personen verletzt. — Ein aus Günsberg, Kanton Solothurn, nach Reigoldswill fahrendes Lastautomobil, das mit zehn Personen besetzt war, zertrümmerte beim Ueberfahren einer Brücke das Steingeländer und stürzte in den Fluß. Die Insassen wurden etwa fünfzehn Meter weit fortgeschleudert. Eine Frau ist tot, sechs Personen wurden verletzt.

Die Pest in Griechenland.

Konstantinopel, 15. Juli.

Nachrichten aus Griechenland zufolge soll dort durch Schiffe vom Schwarzen Meer her die Pest eingeschleppt sein. Türkische Zeitungen melden zwei Fälle aus Cavalla und achtzehn aus Patras. Die griechischen Behörden haben strenge Abwehrmaßregeln ergriffen. Der Piräus und Saloniki sind frei. Geplante Gesellschaftsreisen deshalb aufzugeben, ist nicht notwendig, zumal es sich um Bubonenpest handelt.

Auffindung einer unterirdischen Gradkammer!

Stettin, 15. Juli.

In der ältesten Kirche Pommerns, der etwa 750 Jahre stehenden Kirche von St. Peter Paul in Pyritz, fand man beim Legen einer Zentralheizung eine unterirdische Grabkammer, in der sich etwa 60 Särge befinden, die vorzerfallen sind. Man nimmt an, daß die Kammer seit mindestens 400 Jahren geschlossen war. Die Peter-Paul-Kirche ist an derselben Stelle erbaut, an der Bischof Otto von Bamberg an der von ihm errichteten Kanzel die ersten Pommern taufte.

Der Untergang der „Lismore".

London, 15. Juli. (WTB.)

Man befürchtet, daß bei dem Untergang des Dampfers „Lismore" bei Watheriord 17 Personen ums Leben gekommen sind. Ein Ueberlebender rettete sich auf ein Floß und ist nach 24 Stunden an die Küste getrieben worden.

Raubüberfall auf einen Kassenboten. In den Vormittagsstunden des gestrigen Tages wurde in Hagen i. W. ein frecher Raubüberfall ausgeführt. Der Kassenbote, der einen Geldtransport von 15 000 Rentenmark zu besorgen hatte, wurde an einer wenig begangenen Stelle innerhalb der Stadt von zwei maskierten Männern überfallen und zu Boden geschlagen. Die Täter flüchteten mit der Beute. Der Ueberfallene lief sofort zu seinem Werk, dessen Arbeiter sich zur Verfolgung aufmachten. Im Verlauf des Kassenlaufs flüchteten die beiden Banditen in die Wohnung des kommunistischen Stadtverordneten Brenckes. Das Haus wurde mit Hilfe der Schupo umstellt und die beiden Räuber aus ihrem Versteck herausgeholt. Man hatte Mühe, sie vor der Lynchjustiz der Menge zu bewahren.

Zum Tode verurteilt. Vor dem Schwurgericht in Passau wurde der Bauer Xaver Pfaffinger von Prich bei Aschach, der seinen Vater am 1. Oktober mit einer Hacke erschlagen hatte, zum Tode verurteilt.

Großfeuer auf dem Torfe. In dem Dorfe Graepel bei Stade entstand nachmittags in einem Schuppen eines Kaufmanns Feuer, das mit großer Schnelligkeit um sich griff und auf verschiedene Nachbarhäuser übersprang. Da die meisten Einwohner sich im Moor auf Arbeit befanden, waren zuerst wenig Leute zum Bedienen der Spritze da. Außerdem fehlte es an Wasser. Außer der Stader Feuerwehr, die mit der Motorspritze erschien, hatten zehn weitere Orte Spritzen entsendet. Abends erst konnte die Gewalt des Feuers gebrochen werden, das ein ganzen neun Gebäude in Asche legte.

Selbstmord eines Reichswehrsoldaten. Der neunzehnjährige Kanonier Hans Rogge vom Feldartillerieregiment Nr. 3 in Potsdam wurde in der vergangenen Nacht von dem wachthabenden Offizier beim Wachdienst schlafend angetroffen. Aus Furcht vor der zu erwartenden Strafe erschoß er sich heute vormittag auf der Mannschaftsstube mit seinem Karabiner.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft und Feuilleton: F. O. H. Schulz; für Gewerkschaftliches und Lokales: J. W. A. Wielepp; für Provinzielles: A. Wielepp; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle, Harz 43/44.

Graue Haare? machen 10 Jahre älter. Wer auf Wiedererlangung seiner naturgetreuen früheren Farbe des Kopf- und Bartthaares Wert legt, gebraucht „Jugentin". (Jugentin erzeugt durch Einwirkung auf die Haarwurzel nach und nach die frühere Haarfarbe, ohne zu färben. Jugentin wirkt geradezu ideal gegen Schuppen und Haarausfall und ist absolut unschädlich. Chemiker W. Wolf in Lz.: Flasche 2.50 Mk., Großvertrieb für In- und Ausland C. Klappenbach, Halle a. S. Verkaufsstellen: Barfümerie Oskar Bulin sen., Leipziger Straße 17; Gurich & Kett, Parfümerie, Obere Gr. Steinstr. 56; Max Ott, Drogerie, Steinweg 26; Kirsch, Sanitätsgeschäft, Gr. Ulrichstr. 41. 8788

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219240715 1-17/fragment/page=0003

The Hottentot

Vereins-Kalender

der SPD.,
Freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg.

Sekretariat der SPD. Halle (Saale), Harz 42/44 Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029.
(Ortsbureau befindet (Fernruf 1029).

Die Veröffentlichungen der SPD. im Vereinskalender erfolgen, wenn nicht kostenlos, gegen besondere Vereinbarung: die aller anderen Vereine zum jeweiligen Millimeterpreise zweispaltig abzüglich 50% Rabatt. Öffentliche Versammlungen werden nur außerhalb des Vereinskalenders bekanntgegeben.

Halle

GSJ. Gruppe Süd. Donnerstag, beim Genossen König, Delitzscher Straße 23a: Gruppenveranstaltung. Musikinstrumente sind mitzubringen.

Verein Dr. med. Schikler's Biochemie. Donnerstag, den 17. Juli, abends 7½ Uhr: Vortrag über Biochemie im Stadtgymnasium (Sophienstraße). Mitglieder frei. 8781

Bildungsausschuß. Dienstag, den 15. Juli, abends 8½ Uhr, im „Ballpart" (Bibliothekzimmer): Konstituierende Versammlung.

Kulturkartell Halle. Jeden Mittwoch im „Döbereiner", Reilstraße: Sitzung.

Aus dem Bezirk.

Merseburg. Donnerstag, den 17. Juli, abends 8 Uhr im „Rivoli": Mitgliederversammlung. Genosse Schulz (Halle) spricht über das Sachverständigen-Gutachten. Das äußerst wichtige Thema muß Veranlassung sein, daß jeder Parteigenosse und jede Genossin in der Versammlung erscheint.

Greppin. Mittwoch, den 16. Juli, abends 8½ Uhr, im Lokal Fechner: Monatsversammlung. Referent zur Stelle. Alle Parteimitglieder müssen unbedingt erscheinen.

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold
(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle. Gauvorstand und die Mitglieder aller Festausschüsse (nicht nur Obleute) für den Verfassungstag, Sonnabend, 19. Juli, abends 7½ Uhr, vollzählig im „Gewerkschaftshaus". Aufmarsch- und Veranstaltungsausschüsse ½ Stunde vorher.
Der Gauvorstand.

Kapelle des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Gruppe Sangerhausen
unter Leitung des Kapellmeisters **Kurt Hoffmann**, Sangerhausen, Alte Promenade 46, empfiehlt sich den Vereinen und Gesellschaften für alle musikalischen und Veranstaltungen.

Zentralbibliothek Halle
Burgstraße 27 (Volkspark).
Geöffnet Dienstag u. Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr. — Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchddl., Harz 42/44.

Tabak-Waren
hält vorrätig und liefert in allen Qualitäten billigst
Zigarrenhandlung

Abonnements und Inserate
für die
„Mansfelder Volkszeitung"
nimmt entgegen
Volks-Buchhandlg.

W. Christange, Eisleben
Grabenstraße 50

Frauenwelt
Eine Halbmonatsschrift

Jetzt mit sämtlichen Schnitten auf einem Bogen im Heft 10 Pfennig mehr. Ohne Schnitte 30 Pfg.

Zu beziehen durch
„Volksblatt"-Buchhandlung
Halle a. S., nur Gr. Ulrichstraße 27.

Gute Schokolade
ist ein vorzügliches Nährmittel.
Für **Händler, Kaufleute** und **Marktleute** ist die billigste Besugsquelle der direkte Besug beim Fabrik-Vertreter.
Fichler-Pralinen - Gefüllte Schokoladen
Vertreter:
Max Scharfstädt
Sangerhausen, Henkiusstraße 13-15
(Die als vorzügl. bekannten Burkhardswaffelkuchen sind gleichfalls am Lager).

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Bund republikanischer Kriegsteilnehmer

Gau Halle an der Saale.

Sonnabend, den 9., und Sonntag, den 10. August 1924
feiert der Gau des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold für Halle und sämtliche Kreise des Regierungs-Bezirks Merseburg eine

Verfassungsfeier in Halle

durch öffentliche Kundgebungen und Unterhaltungen.

Fest-Folge:

Sonnabend, den 9. August:
Abends: Empfang der auswärtigen Kameraden und Gäste, Begleitung in die Quartierlokale.
Von 7½ Uhr abends an: Festveranstaltung auf dem alten Exerzierplatz (hinter der Roßplatzkaserne).
9 Uhr: Abmarsch des Fackelzuges zum Hallmarkt.
Ab 10 Uhr: Begrüßungsfeiern in den Festlokalen.

Sonntag, den 10. August:
6 Uhr früh: Wecken durch Trommlerkorps.
8½ Uhr vormittags: Auf mehreren Plätzen Instrumental- und Gesangskonzerte.
10½ Uhr vormittags: Aufstellung am Roßplatz zum Umzug nach der Peißnitz. — Daselbst Hissung des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold", Ansprachen, Massengesänge usw.
3 Uhr nachmittags: Abmarsch in die Festlokale, wo Gesangs- und Instrumentalkonzerte, künstlerische u. sportliche Darbietungen stattfinden.

Mitwirkende sind außer einer Anzahl Musik-Kapellen die als hervorragend bekannten Gesangvereine **„Gutenberg" (Leipzig), Männergesangverein „Vorwärts" (Dessau), „Arbeiter-Sängerchor" (Bitterfeld), „Freier Sängerchor" (Halle),** Sportvereine, das Operetten-Ensemble **Willi Schur (Halle),** Operetten-Duettisten **Gustav Bertram** und **Marga Peter (Berlin,** früher am Walhalla-Theater) sowie Künstler verschiedener Stadt-Theater.

Außerdem finden am **Sonntag, dem 10. August** statt: Besichtigungen städtischer Anlagen, Museen und des Tierparks im Zoologischen Garten (Vorzugspreise). Die Festveranstaltungen sind in den Sälen und Gärten des **Volksparks, Zoologischen Garten** sowie **Thaliasäle** und **Wintergarten.**

Der Gauvorstand und die Festausschüsse
Harz 42—44 ∴ Anruf Nr. 1029

Gebt Quartiere ∴ Schafft Fahnen an!

Stadt-Theater.
Mittwoch, abends 7½ Uhr:
Katja, die Tänzerin.

Koch's Künstler-Spiele
Bunte Bühne.
Nur noch heute das vielseitige
Programm
mit 8782
Welt-Attraktion Rolf Sylvéro
? ? ?
Ab 16. neuer Spielplan
Preiswert. Abend- und Mittagstisch.

Husten, Atemnot
Verschleimung
Schreibe allen Leidenden gern umsonst, womit sich schon viele Tausende von ihren schwer. Lungenleiden selbst befreiten. Nur Rückmark. erwünscht
Walther Althaus,
Hellgenstadt (Eichsf.) H. 52

Für Händler und Wiederverkäufer
empfehle
Mottentafeln
Mottenkugeln
Mottentabletten
Fliegenfänger
Schuhcreme
Lederfett
Bohnerwachs
Hienfongessenz
Baldriana-Hoffmannstropfen
Haushalt- und Toiletteseifen
Haaröl
Kopfwasser
ersti. Fruchtsirup
Puddingpulver
eigener Fabrikation billigst 1429
Edwin Coja
Chem. Fabrik, Eisleben
Rosenbergstr. 29.

Walhalla-Operetten-Theater
Täglich abends 8 Uhr:
Der Welt-Operetten-Schlager
Schäm Dich — Lotte!
Operette in 8 Akten von Okonkowski
Musik von Walter Bromme
12 grosse Gesangs- und Tanz-Schlager! 12
Programmfolge:
1. „Ich bin ein wenig der Großstadt müd!" (Lied des Arno)
2. „Ich möchte mit Dir mal allein sein" (Duett Geraldine — Arno)
3. **Reisepärchen-Duett: „Eine moderne Ehe!"** (Sophie — Edgar)
4. **Der grosse Schlager: „Mensch sei heile, bleib Junggeselle!"** (Willi Ernst, Fr. Ritterfeld, Artur Wilke)
5. **„Wunder, wie Du sie noch nie erlebt!"** Liebes-Duett (Arno — Sophie)
6. **Schlagerlied: „Ihr Frauen, Ihr wollt ja belogen sein!"**
7. **„Puppe, lach doch mal!"** Groteskes Tanz-Duett (Geraldine — Balduin)
8. **„Schönheit, Du gehörst nicht Dir allein"** (Duett)
9. **Grosse Jimmy-Parodie-Duett: „Der Jimmy-Koller"** (Hanna Bertram — Willi Ernst)
10. **„Wer ein Mädel liebt und küßt es nicht!" Schlagerlied** (Ria Reiner)
11. **Das glänzende zweite Finale vom Gesamt-Personal**
12. **Das Bänkelsänger-Duett: „Für jedes Mädel kommt einmal die Liebe!"** (Hanna Bertram — Artur Wilke) 8777

Die Tageskasse ist von 11 bis 1 u. ab 6½ Uhr abds. geöffnet!

Volkspark
Burgstraße 27 — Burgstraße 27
Heute, Dienstag, abend 8 Uhr:
10. Sommer-Konzert
Wiener Walzer- und Operetten-Abend
Leitung: **Benno Plätz.**
Feenhafte Beleuchtung ∴ Feuerwerk

ZOO ZOO
Mittwoch, den 16. Juli,
nachm. 3 Uhr: 8784
Luftballon- u. Kinderfest
Aufsteigen von 150 Luftballons.

Amtliche Bekanntmachungen

Bericht der Fleischpreis-Notierungskommission am städt. Schlacht- und Viehhofe.
Bezahlt wurden am Montag, dem 14. Juli 1924:

Gattung	Für 50 kg Fleischgewicht in Goldmark			
	1. höchster Preis	2. niedrigster Preis	3. häufigster Preis	Gefriersfleisch
Ochsen	75	35	75	40—45
Bullen	75	60	70	
Kühe	82	35	80	
Jungrinder	65	60	60	
Mastkälber				
Saugkälber	80	60	75	
Lämmer und Masthammel	85	74	80	
Schafe	70	50	60	
Schweine einschließl. Mittel u. Geschlinge	80	72	78	

The Hottentot

Kramers Konzerthaus
Die urfidelen Unikums.
Verkehrslokal Schwarz-Rot-Gold

Bekanntmachung

Das **neueingerichtete Zahnärztliche Institut** der Allgemeinen Ortskrankenkasse Halle a. S. (Eingang Nicolaistr. 3) ist am 6. Mai 1924 eröffnet worden und hat die Behandlung der Kassenmitglieder sowie deren kurberechtigten Familienangehörigen aufgenommen. Die Inanspruchnahme des Zahnärztlichen Instituts der Kasse steht den Kassenmitgliedern sowie deren kurberechtigten Familienangehörigen neben den für die Kasse zugelassenen Zahnärzten und Dentisten frei. Sprechstunden sind werktäglich von 9—1 Uhr und 4—7 Uhr nachmittags, Sonnabends von 9—1 Uhr.

Halle a. S., den 12. Juli 1924.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse. 8799
K. Kleemann, Vorsitzender.

„Volksblatt"

Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof
Aufzeichnungen des Grafen Zedlitz-Trützschler, ehemaligen Hofmarschalls Wilhelms II.
Ein Charakterbild Wilhelms II., seines Hofes u. seiner Regierung.
Als Beitrag zur gerechten Beurteilung der Vergangenheit und zur Lehre für die Zukunft der Oeffentlichkeit übergeben
Preis 6,50 Mk.

Buchhandlung

Sohlieder-Ausschnitt 8290 bei **Wilh. Kraunig,** Neue Promenade 15.

Kleine Inserate finden hier weiteste Verbreitung!

Für Organisationen!
Den Ortsvereinen der Verbände und Gewerkschaften, sowie allen Vereinen und Genossenschaften bringen wir uns zur Anfertigung aller benötigten Druckarbeiten wie
Plakate
Handzettel
Einladungen und Karten sowie Programme
Aufnahmescheine
Satzungen
Listen
usw. in empfehlende Erinnerung.
Für pünktliche Lieferung, saubere Herstellung wird bestens gesorgt.
Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei
Harz 42/44 ∴ Fernsprecher 6605

Das prachtvollste Schneeweiß
zeigt jede Wäsche, die mit Sil behandelt ist.
SIL Henkel's beliebtes Bleich- und Waschmittel
als Zusatz zur Seifenlauge gebraucht, ersetzt die umständliche Rasenbleiche.
— OHNE CHLOR —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192407151-17/fragment/page=0004

Der Ordnungsblock regiert.

Er verschuldet die Unsauberkeit der Stadt.

Die tumultarischen Szenen, die unsere Stadtverordnetensitzungen letzthin beherrschten, wiederholten sich am Montag nicht wieder. Die kommunistische Fraktion glänzte auch diesmal noch durch Abwesenheit, hatte auch irgendwelche demonstrativen Aktionen unterlassen. Nur die beiden kommunistischen Stadträte **Kilian und Kutschbauch** hatten, trotzdem ihre Bestätigung für die neue Amtsperiode im Gegensatz zu den übrigen gewählten unbesoldeten Stadträten noch nicht erfolgt ist, am Magistratstisch Platz genommen. Die kommunistische Fraktion beschränkte sich darauf, der Stadtverordnetensitzung die Entschließung einer Versammlung zustellen zu lassen, in der erneut die Zulassung der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion zu den Sitzungen verlangt wird; dieses Verlangen wurde durch ein weiteres, angeblich von Erwerbslosen stammendes Schreiben unterstützt, in dem angekündigt wird, daß „die Erwerbslosen andernfalls mit anderen Mitteln die Zulassung erzwingen" würden. Die Versammlung nahm diese Schreiben zur Kenntnis, ohne daß von irgendeiner Seite ein Wort dazu gesagt wurde.

Bei der vorher erfolgten Vereidigung der bestätigten unbesoldeten Stadträte fiel es auf, daß die Stadträte **Dryander** (deutschnational) und **Joest** (völkisch) den Eid auf die Reichsverfassung ohne Stockung leisteten. Wozu läßt man noch Eide leisten?

Herr Stadtverordnetenvorsteher **Busse** zeigte auch gestern wieder, daß er eine besondere Nummer ist. Die vom Ordnungsblock beantragte Aenderung der Geschäftsordnung sollte auf Antrag des Stadtverordneten Kürbs, dem sich die sozialdemokratische Fraktion anschloß, von der Tagesordnung abgesetzt werden, da dieser Antrag nicht die von der Städteordnung verlangte dreitägige Zustellungsfrist eingehalten hatte. Herr Busse wollte trotzdem die Entscheidung der Stadtverordneten herbeiführen. Bei dieser Gelegenheit konnte die kleine sozialdemokratische Fraktion zeigen, daß sie in gewissen Momenten eine Macht darstellt; sie verließ ihre Plätze und nahm sie erst wieder ein, als Herr Busse einlenkte und den Antrag von der Tagesordnung absetzte. Wenn er es nicht selbst bemerkt haben sollte, wird es ihm sein Freund Steinbrück wohl zugeflüstert haben, daß durch das Fortgehen der Sozialdemokraten die Sitzung beschlußunfähig geworden wäre, denn just einige Minuten zuvor hatte man beschlossen, daß zur Beschlußfähigkeit des Hauses die Anwesenheit der Häfte aller Mitglieder erforderlich sei; der Bürgerblock war aber gestern nur mit 23 Mitgliedern vertreten, es fehlten ihm demnach sechs Stimmen.

Ein ganz harmlos aussehender Tagesordnungspunkt, der die Wiedereröffnung von zehn früher aus Sparsamkeitsgründen geschlossenen Bedürfnisanstalten verlangte, rief eine ausgedehnte Debatte hervor. Interessant war schon die Mitteilung des Berichterstatters, daß die stillgelegten Bedürfnisanstalten während ihrer Stillegung arg bestohlen worden sind, so daß wohl kaum davon gesprochen werden kann, daß wesentliche Ersparnisse gemacht wurden. Der Stadtverordnete Hillmann nahm aber auch Gelegenheit, die Unsauberkeit der Straßen und Plätze der Stadt zu kritisieren, und er fand dabei allseitige Unterstützung. Von unserem Genossen **Müller** wurde aber dem „Ordnungsblock" nachgewiesen, daß mit seiner Zustimmung diese Zustände herbeigeführt worden sind. Stadtverordneter **Finger** wollte das auch jetzt noch verteidigen und jonglierte mit den Begriffen „angemessene Notwendigkeiten" und „jeweilige Verhältnisse". Die Deutschnationale Partei macht es nicht so wie die Sozialdemokratie, die ihre Forderungen ohne Rücksicht auf die Zeitverhältnisse stelle. Das gab dem Genossen **Müller** Veranlassung, dem Herrn Universitätsprofessor eine Lektion zu erteilen. — Stadtv. **Kürbs** interpellierte den Kreismedizinalrat Dr. Bundt über die umherschwirrenden Gerüchte von einer Typhusepidemie in Halle. Dr. **Bundt** gab zu, daß in den letzten drei Wochen etwa fünfzig Typhusfälle vorgekommen seien, die zum Teil auf die große Hitze, zum Teil auf unreine Milch aus einer Riemberger Molkerei zurückzuführen seien. Wesentlicher als die Typhusgefahr sei aber die Gefahr einer Ruhrepidemie, die leicht Nahrung fände, wenn die Straßen nicht gereinigt würden. Herr Dr. Bundt mußte sich vom Gen. Müller, der den Ausführungen des Stdtv. Kürbs beitrat, sagen lassen, daß er diese sachmännischen Aeußerungen pflichtwidrig unterlassen habe, als seine politischen Freunde dem Magistrat die Zustimmung zum Abbau der Straßenreinigung gaben.

Einen breiten Raum in der Stadtverordnetensitzung nahm dann die Debatte über zwei Anträge ein, die von den streikenden Bauarbeitern und den Erwerbslosen herrührten. Ersterer bezweckte die Uebernahme der durch den Streik stillgelegten städtischen Bauten in eigene Regie, letzterer verlangte eine bessere Bezahlung der Notstandsarbeiten und höhere Unterstützung der Erwerbslosen. Wie zu erwarten, waren die Leute des Bürgerblocks für die eigene Regie nicht zu haben, sondern verschanzten sich hinter angeblich gemachte schlechte Erfahrungen. Bei der Zusammensetzung der Versammlung war auf Annahme dieses Antrages daher nicht zu rechnen, und da die Kommunisten nicht anwesend waren, konnten sich die kapitalvernichtenden Deutschvölkischen ebenfalls erlauben, für den Antrag zu stimmen, da sie wußten, daß die Mehrheit des Ordnungsblockes ohnedies stark genug blieb, den Antrag zu Fall zu bringen. Der Antrag der Erwerbslosen, der auf Vorschlag der sozialdemokratischen Fraktion dem Magistrat als Material überwiesen werden sollte, fand nur die Unterstützung unserer Fraktion und die des Stadtverordneten Kürbs.

Nun haben die Stadtväter acht Wochen Urlaub und können ihre geschwächten Nerven von den Strapazen der aufregenden Sitzungen wieder stärken. Die hallische Arbeiterschaft hat aber schon in den wenigen Wochen, da das neugewählte Parlament tagte, erfahren können, daß der Ordnungsblock seine reaktionäre Politik konsequent verfolgt. Die Kommunisten werden mit ihrer Taktik nichts daran ändern. Soll es anders werden, dann kann es nur geschehen, wenn mit außerordentlicher Geschicklichkeit die Schwächen des Gegners ausgenutzt werden. Hoffen wir, daß nach der Sommerpause auch die Kommunisten zur besseren Einsicht gelangen.

*

Verhandlungsbericht.

Der Vorsteher **Busse** eröffnet die Sitzung und gibt dem Oberbürgermeister Dr. **Rive** Gelegenheit, die bisher von der Regierung bestätigten unbesoldeten Stadträte einzuführen und zu verpflichten. Dann gibt der Vorsteher Kenntnis von zwei eingelaufenen Schreiben. Das eine — [illegible] verlangt, daß man sie zu den Sitzungen zulasse. Das andere Schreiben verlangt im Namen der Erwerbslosen die Wiederzulassung der kommunistischen Fraktion zu den Sitzungen und betont, daß die genannte Fraktion die Interessen der Erwerbslosen am energischsten vertrete. Es wird hinzugefügt, daß, wenn die Zulassung abgelehnt werde, **die Erwerbslosen zu Mitteln greifen würden, womit diese Zulassung erzwungen werden würde.** Dann macht der Vorsteher Mitteilung davon, daß der Magistrat der von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Aenderung des § 17 der Geschäftsordnung zugestimmt habe. Danach ist die **Stadtverordnetenversammlung nur beschlußfähig, wenn die Hälfte aller Mitglieder anwesend ist.** Ferner macht der Vorsteher Mitteilung davon, daß der zum Stadtrat gewählte Stadtverordnete **Manschewski** sein Amt als Stadtverordneter niederlege.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten. Die Versammlung stimmt einem Vorschlage des Stadtv. Dr. **Finger** (Ordnungsblock) zu, als Vertrauensperson in den Ausschuß zur Wahl der Schöffen und Geschworenen für das Jahr 1925 die gleichen Vertrauensmänner zu wählen, die für das Jahr 1924 bestimmt waren.

Bei dem zweiten Punkt der Tagesordnung, der die

Abänderung der Geschäftsordnung

vorsieht, beantragt Stadtv. **Kürbs** (Unabh.) die Absetzung, da nicht die von der Städteordnung verlangte dreitägige Frist bei der Zusendung des Antrages an die Stadtverordneten eingehalten worden sei. — Stadtv. **Schaumburg** (SPD.) schließt sich diesem Antrage an. — Stadtverordnetenvorsteher **Busse** will darauf zur Abstimmung schreiten, wird aber darauf aufmerksam gemacht, daß die Abstimmung unzulässig ist, da auf Grund der Städteordnung die Beratung nicht angängig ist. Als Busse trotzdem die Abstimmung vornehmen will, schicken sich die Sozialdemokraten an, den Saal zu verlassen. Daraufhin nimmt der Stadtverordnetenvorsteher von der Abstimmung Abstand.

Die Einrichtung eines

Obdachlosen-Asyls

im Schlafsaal der Feuerwache Süd, die vom Bauausschuß empfohlen wird, gibt dem Stadtv. **Kürbs** Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß dort früher die Heizung sehr mangelhaft gewesen sei und durch ausströmende Kohlenoxydgase Menschenleben in Gefahr gekommen seien. Aus diesem Grunde wende er sich dagegen, daß man die Obdachlosen dort unterbringe. Diese Bedenken werden jedoch vom Stadtrat Mah zerstreut, der darauf hinweist, daß die beanstandeten Mängel beseitigt sind.

Ein von den Völkischen eingebrachter **Dringlichkeitsantrag**, der unter Hinweis auf das Vorgehen anderer Städte die **Beseitigung der Beherbergungssteuer** verlangt, kann nicht verhandelt werden, da Oberbürgermeister Rive im Namen des Magistrats Einspruch dagegen erhebt. Der Antrag wird dem Bauausschuß überwiesen.

Dem Beschlusse des Magistrats, für das **Alters- und Pflegeheim** ärztliche Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen, wird beigetreten.

Der Magistrat hat die Wiederinbetriebnahme der aus Ersparnisgründen geschlossenen zehn **Bedürfnisanstalten** beschlossen. Stadtv. **Schaumburg** (SPD.) fordert, daß auch an den Endhaltestellen der Straßenbahnen Bedürfnisanstalten errichtet werden. — Stadtv. **Hillmann** (Ordnungsblock) kritisiert

die große Unsauberkeit der Straßen und Plätze.

Stadtv. **Kürbs** (Unabh.) weist darauf hin, daß es die bürgerlichen Parteien gewesen waren, die feinerzeit für den Abbau der Straßenreinigung eingetreten sind. — Stadtv. **Müller** (SPD.) schließt sich diesen Ausführungen an. — Stadtv. **Finger** (Ordnungsblock) wendet sich gegen diese Angriffe; die deutschnationale Fraktion richte sich immer nach den „jeweiligen Verhältnissen". — Stadtv. **Wille** (SPD.) verlangt, daß die Bedürfnisanstalten im Roten Turm erst geschlossen werden, wenn neue dafür errichtet sind. — Stadtv. **Kürbs** (Unabh.) weist auf die in der Stadt umherschwirrenden Gerüchte hin, daß in Halle eine **Typhusepidemie** ausgetreten sei und fragt, um wieviel Fälle es sich wohl handle. — Stadtv. Dr. **Bundt** (Ordnungsblock) antwortet darauf und meint, daß von einer Typhusepidemie „eigentlich **noch nicht** gesprochen werden kann. Es seien

in den letzten drei Wochen etwa 50 Typhusfälle

vorgekommen, die zum Teil auf die Sommerhitze, zum Teil aber auf die von der Riemberger Molkerei gelieferte Milch zurückzuführen seien. In der letztgenannten Molkerei ist aber inzwischen Sorge getragen worden, daß die Milch in gutem Zustande nach Halle komme. Redner fordert ebenfalls eine größere Sauberkeit auf den Straßen und Plätzen, weniger wegen der Typhusgefahr, als wegen der Gefahr einer Ruhrepidemie, die durch die jetzt wieder in großen Massen auftretenden Fliegen aus den Unreinlichkeiten der Straßen verbreitet werden könne. — Stadtv. **Müller** (SPD.) wendet sich gegen den Geheimrat Dr. Finger, dem er Demagogie vorwirft, was der Vorsteher rügt. — Der Vorlage wird dann zugestimmt.

Für die **Gewerbeschule für Mädchen** werden 3760 Mk. bewilligt, um dringende Einrichtungen anzuschaffen. Der Magistrat hat beschlossen, dem Saalekanalbauverein, der die Förderungen der Verkehrsinteressen auf den Wasserstraßen bezweckt, beizutreten. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt zu.

Einer Reihe von Grundstücksangelegenheiten wird ebenfalls zugestimmt.

Die **Entlastung der Rechnungen der Straßenbahn** für 1920 sowie des städtischen **Schlachthofs**, des **Viehhofs** und der **Fleischverkaufshalle** für die Jahre 1918 bis 1920 wird beschlossen, nachdem Stadtv. **Minner** es gerügt hat, daß diese Rechnungen so spät zur Prüfung vorgelegt worden sind und daß die Rechnung der Straßenbahn unverhältnismäßig hohe Aufwendungen für Bureaubedarf aufweise.

Ein Gesuch des Bundes Deutscher Architekten um Heranziehung zur Durchführung des städtischen Bauprogramms wird dem Magistrat als Material überwiesen.

Der Elternbeirat der **Kröllwitzschule** hat beantragt, dieser Schule die Mittel zur Verfügung zu stellen, um elektrische Energie einzurichten und einen Schulgarten anzulegen. Stadtv. **Splett** befürwortet diese Einrichtungen namens des Schulausschusses, empfiehlt aber, den Antrag vorläufig zurückzustellen und dafür demnächst den Magistrat zu ersuchen, die von der Kröllwitzschule beantragten Einrichtungen an sämtlichen Schulen einzuführen. Diesem Vorschlag wird zugestimmt.

Ein Gesuch um Freigabe der alten Friedhofsanlagen in der Magdeburger Straße für Kinderwagen wird dem Magistrat überwiesen.

Der Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen ersucht die Stadtverordnetenversammlung, zu beschließen, daß alle stillgelegten

Bauten in eigene Regie der Stadt

übernommen und den dabei beschäftigten Arbeitern ein Lohn von 85 Pf. je Stunde gezahlt werde. Bis zur Inangriffnahme der Arbeit sollen die in Frage kommenden Arbeiter **von der Erwerbslosenfürsorge unterstützt** haben, in die Erwerbslosenfürsorge eingereiht werden. Ein weiteres Gesuch fordert die **Bezahlung der Notstands- und Pflichtarbeiter** nach dem Bauarbeitertarif, die Auszahlung einer einmaligen Beihilfe von 30 Mk. an sämtliche Erwerbslose, Zahlung der Erwerbslosenunterstützung **an alle Erwerbslosen während der gesamten** Dauer ihrer Arbeitslosigkeit und Erhöhung der Unterstützungen um mindestens 150 Prozent.

Stadtv. **Minner** (Ordnungsblock) wendet sich gegen diese Anträge. Die Stadt dürfe in keiner Form in den Bauarbeiterstreik eingreifen. Der Haushaltsausschuß habe deshalb den Antrag abgelehnt. Auch in die Erwerbslosenfürsorge kann die Stadt im Sinne der Antragsteller nicht eingreifen.

Stadtverordnetenvorsteher **Busse** berichtet über die Verhandlung mit einer Kommission der Antragsteller, die bei ihm in der Wohnung gewesen sei, um ihn für den Antrag zu gewinnen. Die Sprecher der Kommission hätten u. a. erklärt, daß sie sich auf einen Stundenlohn von 85 Pfennig nicht festlegen wollten; es sei dies keine kategorische Forderung. Die Unternehmer ihrerseits haben erklärt, wenn die Stadt nicht die Preise für die in Auftrag gegebenen Bauten erhöhe, könnten sie auch die Löhne nicht erhöhen.

Stadtv. **Dürrfeld** (SPD.) beantragt, das vorliegende Gesuch der Bauarbeiter dem Magistrat als Material zu überweisen. Der Streik der Bauarbeiter sei berechtigt, da die Bauunternehmer die Arbeiter zwingen wollten, ihren auf einigen Baustellen streikenden Kollegen in den Rücken zu fallen. Da es keine zweierlei Moral gebe und die Bauunternehmer es ebenfalls ablehnen würden, ihren Kollegen in den Rücken zu fallen, waren die Bauarbeiter berechtigt, ebenfalls Solidarität zu üben. Einige Punkte in dem Antrage ließen sich bei gutem Willen durchführen.

Stadtv. **Kürbs** schließt sich diesen Ausführungen an und ersucht, die Anträge zu unterstützen.

Stadtrat **Mah** führt aus, daß die Stadt keine höheren Preise zahlen könne, da die Wohnungsmieten in den Neubauten so hoch würden, daß sie kein Mieter bezahlen könne. Schon jetzt koste eine 50-Quadratmeter-Wohnung 6000 Mk., was einem Mietpreis von 550 Mk. jährlich entspreche.

Stadtv. **Pfeiffer** (Ordnungsblock): Wir sind hier als Stadtverordnete verpflichtet, für die Interessen aller Mitbürger einzutreten. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das tun Sie aber in diesem Falle nicht.). Jawohl, das tun wir. Die Streikbewegung ist kurz vor ihrem Ende; wir werden dann alle Arbeiter zu den Bedingungen einstellen, die heute wahrscheinlich vereinbart werden.

Stadtv. **Kürbs** (Unabh.) beantragt, daß die Streiklausel unter allen Umständen aus den Bauverträgen gestrichen werden muß.

Stadtv. **Dürrfeld** (SPD.): Herr Pfeiffer behauptet, der Streik sei unberechtigt. Wir behaupten das Gegenteil. Die jetzigen Löhne der Bauarbeiter sind entschieden zu niedrig, wenn man berücksichtigt, daß die Bauarbeiter Saisonarbeiter sind und in jedem Jahre mehrere Wochen arbeitslos sind.

Stadtv. **Schaumburg** (SPD.): Wenn Herr Pfeiffer sagt, daß der Streik nur von einer Gruppe der Bauarbeiter angezettelt ist, dann hat er verschwiegen, daß die Gewerkschaften sich mit dem Streik einverstanden erklärt haben.

Stadtv. **Merkel** (Ordnungsblock): Ich warne davor, daß wir von den Festpreisen abweichen und wieder freiwerdende Verträge abschließen.

Stadtv. **Minner** tritt nochmals für Ablehnung der Anträge ein.

Der **Antrag Dürrfeld**, die Anträge dem Magistrat als Material zu überweisen, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Deutschvölkischen und des Stadtv. Kürbs abgelehnt. — Der **Antrag Kürbs**, die Streiklausel zu beseitigen, findet nur die Unterstützung der Sozialdemokraten und des Antragstellers.

Im Anschluß hieran wehrt sich der Vorsteher **Busse** gegen die Behauptung, er habe die Erwerbslosen als arbeitsloses Gesindel bezeichnet.

Stadtv. **Schaumburg** (SPD.) begründet dann den vorhin erwähnten Erwerbslosen eingebrachten Antrag. Der Haushaltsausschuß hat sich dafür erklärt, diesen Antrag dem Magistrat als Material zu überweisen.

Vorsteher **Busse** berichtet über die ihm nach mündlich vorgetragenen Wünsche der Erwerbslosen, die dahin gehen, daß Notstandsarbeiten, die jetzt nur sechs Wochen dauern, über diese Zeit hinaus verlängert werden. Ferner würden sie gern sehen, daß die städtische Küche auf dem Schlachthofe wieder geöffnet wird. Diejenigen, welche weit entfernt von ihrer Arbeitsstelle wohnen, sollen Freifahrtscheine auf der Straßenbahn bekommen außerdem wird gewünscht, daß die Erwerbslosenunterstützung nicht am Montag, sondern Freitags oder Sonnabends zur Auszahlung gelangt.

Stadtv. **Minner** ersucht, sämtliche Anträge abzulehnen. Den Erwerbslosen dürfen hier keine Hoffnungen gemacht werden, die nicht erfüllt werden können.

Stadtv. **Kürbs**: Es stimmt nicht, daß es nicht möglich ist, den Arbeitslosen zu helfen. Es braucht ja nicht unbedingt in der Form zu geschehen, wie es der Antrag verlangt.

Stadtrat **Velthuysen** richtet sich ebenfalls gegen die Anträge, denn die Stadt könne sie nicht erfüllen, da die gesetzlichen Bestimmungen dem entgegenstehen.

Stadtv. **Petersdorff** (SPD.): Es ist verwunderlich, daß ausgerechnet Herr Minner gegen unseren Antrag auf Ueberweisung des Gesuches an den Magistrat ist. Wenn Herr Velthuysen sagte, daß seinerzeit die Kohlen von den Erwerbslosen nicht abgeholt worden sind, dann beweist das nur, daß die Erwerbslosen auch nicht einmal den billigen Kohlenpreis bezahlen konnten. Wir sind nicht dafür, daß den Erwerbslosen Almosen gegeben werden, sondern es muß für Arbeit gesorgt werden. Der Magistrat soll dafür sorgen, daß bei der Straßenreinigung, über die hier heute Klage geführt wurde, Arbeiter eingestellt werden. Auch der heute hier beschlossene Beitritt zum Saalekanalbauverein soll nicht nur eine Anstandspflicht sein, sondern der Magistrat soll die Mitgliedschaft dazu benutzen, um dafür einzutreten, daß die Arbeiten für den Kanal bald in Angriff genommen werden. Der Magistrat soll sich überhaupt ernstlicher mit der Frage beschäftigen, wie es möglich ist, den Arbeitslosen durch Beschaffung von Arbeit zu helfen.

Stadtrat **Velthuysen** erwidert, daß dies schon geschehe, denn das Arbeitsamt habe sich redlich darum bemüht. Die Stadt selbst habe über ihre Kräfte hinaus Bauten in Auftrag gegeben.

Stadtv. **Schaumburg** tritt nochmals dafür ein, daß das Gesuch dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen wird. Der Magistrat werde dann in der Lage sein, aus dem Gesuch das herauszuholen, was möglich ist.

Der Antrag des Haushaltsausschusses wird hierauf mit 17 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Invaliden und Rentner.

In der Monatsversammlung des Zentralverbandes der Invaliden und Rentner, die am Sonntag stattfand, erstattete zunächst Adolf **Thiele** als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses Bericht über die Entwicklung der Invalidenhilfe. Jedes Verbandsmitglied muß nicht nur selbst die Invalidenhilfe voll in Anspruch nehmen, sondern auch durch Werbung neuer Mitglieder das Ziel erreichen helfen, daß alle Sozialrentner dem Verband beitreten. Trotz erheblichen Zuwachses an Mitgliedern stehen noch viele Sozialrentner dem Verbande fern. Die durch die Invalidenhilfe bezogenen Waren sind nach einmütigem Urteil von bester Beschaffenheit und dabei, weil von jedem Gewinn Abstand genommen wird, wesentlich billiger als anderswo, so daß der Verbandsbeitrag durch den erzielten Vorteil reichlich aufgewogen wird. Gehören alle Sozialrentner dem Verbande an, dann wird bei Verhandlungen auch mehr zu erzielen sein. Solange nicht alle zum gemeinsamen Kampfe für Besserung ihrer elenden Lage sich zusammenfinden, solange ist auch nicht auf Erfüllung der berechtigten Forderungen zu rechnen. Darum muß jedes Mitglied für den Verband werben und die Einrichtung der Invalidenhilfe nach Kräften benützen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192407151-17/fragment/page=0005

Als Vorsitzender der Ortsstelle berichtete R. Schönlank über die beabsichtigte Neuregelung der Sozialrenten. Während für die Unfallrentner die Bollrente von 1150 Mk. auf die alte Höhe von 1800 Mk. gebracht werden soll und während für Kriegsbeschädigte und Beamte die Bezüge im April und Juli erhöht worden sind, speist man die Invaliden, Altersrentner und Witwen noch mit 18 Mk. monatlich ab. Die Anträge auf Besserung des Existenzminimums bzw. auf Verdoppelung der jetzigen Renten sind im Reichsausschuß abgelehnt worden. Die bürgerliche Mehrheit hat nur eine Erhöhung des Reichszuschusses von jährlich 36 auf 48 Mk. zugestanden, so daß monatlich eine einzige Mark mehr gezahlt werden soll. Das ist geradezu eine Verhöhnung der Sozialrentner. Die Reichsregierung muß immer wieder daran erinnert werden, daß im Kriege das Grundkapital von 2 bis 3 Goldmilliarden, das für die Sozialrentner bestand, verpulvert worden ist und daß sie deshalb die Verpflichtung hat, unter allen Umständen die Mittel aufzubringen, die den Invaliden und Witwen ein Leben ermöglichen.

Nach Genehmigung des eingehenden Revisionsberichtes vom 30. Juni wurde dem Kassenführer der Invalidenhilfe, O. Hermann, unter Anerkennung seiner hingebenden Tätigkeit Entlastung erteilt. Da sein Gesundheitszustand ihm die Weiterführung der Funktion nicht gestattet, ist F. Becker an seine Stelle getreten.

Der Bedarf an Kartoffeln und Kohle für den nächsten Winter soll bei der Geschäftsstelle der Invalidenhilfe angemeldet werden. Die nächste Versammlung findet Sonntag, den 7. September, vormittags 9 Uhr, statt.

---

* **Heiterer Abend im Volkspark.** Wir weisen nochmals darauf hin, daß das heutige Volkspark-Konzert einen angenehmen Abend verspricht. Kapellmeister Benno Plätz mit der Wittekind-Kapelle bringt muntere Operettenmelodien, bunte Lampen erleuchten den Garten und ein Feuerwerk wird den Abend beschließen. Also ihn zum Volkspark!

* **Nächste Dampferabfahrten der Hamburg-Amerika-Linie.** Hamburg—Nordamerika: D. „Rajsa" am 15. Juli; D. „Resolute" am 22. Juli; D. „Deutschland" am 24. Juli; D. „Cleveland" am 31. Juli; D. „Thuringia" am 2. August; D. „Reliance" am 5. Juli; D. „Mount Clay" am 7. August; D. „Albert Ballin" am 14. August. — Nach Boston—Philadelphia—Baltimore—Norfolk: MS. „Osiris" am 19. Juli; D. „Sachsen" ca. 4 August; MS. „Isis" ca. 30. August. — Nach Südamerika: D. „Eupatoria" am 12. Juli; D. „Sophistia" am 19. Juli; D. „Sachsenwald" am 26. Juli; D. „Baden" am 9. Aug.; D. „Niederwald" am 9. August. — Nach Kuba—Mexiko: D. „Antiochia" am 15. Juli; D. „Holsatia" am 12. August; D. „Westerwald" am 26. August. — Nach Westindien: D. „Rugia" am 12. Juli; D. „Sefostris" am 2. August. — Hamburg—Ostasien: engl. D. „City of Glasgow" am 19. Juli; D. „Trier" am 26. Juli; engl. D. „Tydeus" am 2. August; MS. „Havelland" am 9. August; engl. D. „Kosmos" am 16. August.

* **Schiffsnachrichten der Hamburg-Amerika Linie.** Hamburg—Nordamerika: Dampfer Reliance 9. 7. ab Cherbourg, Ausreise, D. Deutschland 5. 7. ab New York, D. Resolute 8. 7. ab New York, D. Westphalia 8. 7. in New York, D. Albert Ballin 10. 7. ab Cuxhaven nach Cherbourg, Hamburg—Cuba—Mexiko: D. Toledo 10. 7. ab Plymouth, Ausreise, Hamburg—Westindien: Dampfer Amassia 11. 7. in Hamburg, D. Teutonia 8. 7. ab Caracas nach Amsterdam, Heimreise, Hamburg—Südamerika: D. Antiochia 10. 7. ab Rotterdam nach Hamburg, D. Altmark 10. 7. in Santos, Ausreise, D. Steigerwald 9. 7. ab St. Vincent, Ausreise, Dampfer Württemberg 11. 7. Dover passiert, Ausreise, Hamburg—Westküste—Südamerika: D. Schwarzwald 9. 7. in Rotterdam, Ausr., Hamburg—Ostitalien: M. S. Havelland 9. 7. in Rotterdam, Heimreise, D. Preußen 9. 7. in Cebu, Heimreise, M. S. Rheinland 8. 7. in Manila, Ausreise, M. S. Ermland 8. 7. ab Dalny nach Taku, Heimreise, M. S. Münsterland 10. 7. in Port Said, Ausreise, Rhein-Dunaust: D. Karlsruhe 10. 7. in Rotterdam, Ausreise, D. Straßburg 8. 7. in Hamburg, D. Frankfurt 8. 7. in Duisburg, Ausreise, Dampfer Mannheim 4. 7. in Köln, Ausreise. Mitgeteilt durch Hamburg-Amerika-Linie, Georg Schulze, Halle, Bernburgerstraße 32, Fernsprecher 2279.

* **Eid und Steuerpflicht.** Eine eidesstattliche Versicherung können die Steuerbehörden unter Umständen von dem Steuerpflichtigen verlangen. Nach der Ansicht des Reichsfinanzhofes ist aber der Steuerpflichtige keinesfalls berechtigt, die Abnahme einer solchen Versicherung zu verlangen. Die Schätzung seines Einkommens hatte ein Steuerpflichtiger ohne Buchführung damit zu beweisen versucht, daß er sich für die Richtigkeit seiner Angaben zur eidesstattlichen Versicherung erbot. Das Finanzamt war aber darauf nicht eingegangen. Es hatte das Einkommen nach eigenem Ermessen geschätzt.

* **Erhöhung der gerichtlichen Schreibgebühren.** Durch eine Verordnung des Reichsjustizministers wird mit Wirkung vom 10. Juli die Schreibgebühr bei den Gerichten für die Seite von 10 auf 20 Goldpfennige erhöht, und ebenso kann der Anwalt in den Fällen, in denen er Schreibgebühren zu beanspruchen hat, für die Seite 20 Goldpfennige verlangen. Soweit Privatpersonen ohne Zuziehung eines Anwalts bei den Amtsgerichten Klagen anstellen oder Schriftsätze einreichen, können sie die Berechnung von Schreibgebühren zu den Gerichtskosten durch Lieferung der genügenden Anzahl von Durchschlagsexemplaren vermeiden. Es sind soviele Exemplare einzureichen, wie Vertragsgegner vorhanden sind, nebst einem Exemplar für die Gerichtsakten.

* **Kohlenbrand.** Gestern nachmittag wurde die Feuerwehr nach dem Grundstück Merseburger Straße 43 gerufen, wo die in einem Schuppen gelagerten Kohlen einer Brennmaterialienhandlung in Brand geraten waren. Durch Vornahme einer Schlauchlinie von der Motorspritze und durch Umlagern der Kohlen wurde die Gefahr beseitigt. Die Entstehungsursache ist in Selbstentzündung zu suchen.

Saalkreis.

Nietleben. Gemeindevorsteherwahl. Am vorigen Dienstag fand hier die schon zweimal verschobene Wahl des Gemeindevorstehers statt. Aus Sparsamkeitsgründen — so sagt man im bürgerlichen Einheitsblock — ist der seit 1913 hier tätige Gemeindevorsteher Hammelsbeck nicht wiedergewählt worden. Mit den 5 Stimmen der bürgerlichen Fraktion gegen die 4 Stimmen der Kommunisten wurde der bei der hiesigen Gemeindeverwaltung angestellte Gemeindekassenrendant Platte — ruhmreicher Stahlhelmkämpfer — gewählt. Die Kommunisten hatten ihre 4 Stimmen dem eigenen Kandidaten Meerettich gegeben. Im Anschluß an die Wahl fand im „Stern" eine öffentliche Einwohnerversammlung statt, in der der Bürgerblock seine in den acht Wochen seiner Tätigkeit im Gemeindeparlament getriebene Politik vor der Wählerschaft Nietlebens zu rechtfertigen versuchte. Aus dem Wielerlei des Redens von beiden Seiten, der Bürgerlichen sowohl als auch der Kommunisten, sei nur hervorgehoben, daß jede der genannten Parteien vorgab, bei ihren Beratungen und Beschlüssen lediglich das Wohl der „gesamten" Einwohnerschaft (dieser Begriff scheint uns noch sehr der Klärung zu bedürfen) im Auge zu haben. — Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.

Löbejün. Schwarz-Rot-Gold. Auch in unserem Ort ist der Gedanke, eine Ortsgruppe des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold" zu gründen, stark in den Vordergrund getreten. Es haben sich zu diesem Zwecke bereits eine ganze Anzahl Republikaner als Mitglieder gemeldet. Das genügt aber noch nicht, und es werden deshalb alle ehrlichen Republikaner von Löbejün und Umgegend, die sich absolut auf den Boden der Republik und ihrer Verfassung stellen, aufgefordert, sich als Mitglieder dieser Organisation aufnehmen zu lassen. Beitrittserklärungen nimmt sich auf weiteres der Genosse Otto Lauer, Löbejün, Marktstraße 6, entgegen. Es wird beabsichtigt, in nächster Zeit eine Gründungsversammlung abzuhalten.

Aus der Provinz.

Stipendien für Angehörige der Provinz Sachsen.

Die nächste Nummer des Amtsblattes der Regierungen zu Magdeburg, Merseburg und Erfurt wird eine Bekanntmachung des Landeshauptmanns der Provinz Sachsen enthalten, wonach ein Stipendium im Betrage von 20 Goldmark monatlich zum Besuche eines vollen Lehrganges an der Technischen Hochschule zu Charlottenburg für Angehörige der Provinz Sachsen vom 1. Oktober 1924 an zu vergeben ist. Mit dem Stipendienbezuge ist gleichzeitig Honorarfreiheit verbunden.

Groß-Kayna. Die gelbe Fahne. Am vergangenen Sonntag hatte der Bergmannverein „Glückauf" Groß-Kayna die Bergmannsvereine der benachbarten Gruben zu seiner Fahnenweihe eingeladen. Zahlreich waren die betreundeten Knappen erschienen aus Neumark, Beuna, Körbisdorf, Roßbach usw. Direktor Hofmann übergab die von der Direktion gestiftete Fahne dem Verein. Grün auf der einen, schneeweiß auf der anderen Seite sind die Farben der neuen Fahne mit dem Spruch: „Es grüne die Tanne, es wachse das Erz, Gott schenke uns allen ein fröhliches Herz." Na endlich! Und damit ja nichts fehle, hat ein richtiger Pfarrer eine Weiherede gehalten: „Wie der Leuchtturm dem Schiffer, so sei euch diese Fahne ein Zeichen!" Die Melodie dazu knurrten die hungernden Magen. Sie wurden durch reichliche Alkoholmengen beruhigt. So erzieht der Unternehmer willige und ruhige Sklaven!

Kelbra. Holzauktion. Am Freitagvormittag fand in dem Forstort Tannenberg wieder eine öffentliche Brennholzversteigerung statt, zu welcher wieder viele Käufer erschienen waren. Die Kaufpreise müssen für dieses mal als sehr mäßig bezeichnet werden. Es wurden für den Meter Buchenscheite 8 Mk. geboten und bezahlt. Dieses ist der Tagespreis, welcher im allgemeinen eingehalten wurde.

Kelbra. Reichsbanner Schwarz-Rot-Rold. Am Sonnabend hielt die hiesige Ortsgruppe in der Schenke wieder eine Mitgliederversammlung ab, welche einen guten Besuch aufwies. Der Vorsitzende, Kamerad Scheurich, gab zunächst einige Mitteilungen seitens der Bezirksleitung bekannt. Dann wurde eingehend über die am 10. August in Halle stattfindende Verfassungsfeier verhandelt. Hier wurden entsprechende Beschlüsse gefaßt. Zuletzt wurde noch über die Anschaffung einer Fahne beraten. Es wurde beschlossen, sich mit der Einkaufszentrale in Verbindung zu setzen. Was uns auffällt, ist die unerkreuliche Tatsache, daß es noch sehr viele Arbeiter gibt, welche dem Reichsbanner vollständig abseits stehen. Man glaube ja nicht, daß der Bestand der Republik vollständig gesichert ist. Wenn sein, heißt Kämpfer sein, und jeder Proletarier gehört in die Kampffront der Arbeiter.

Pressel. Vorsicht mit Kindern! Der Tischlermeister W. Hillemann schickte seinen Neffen mit dem Hundewagen zur Mühle. Sein anderthalb Jahre altes Söhnchen fuhr ebenfalls mit. Nachdem der Wagen an der Mühle beladen worden war, setzte der Neffe das Kind auf die Säcke. In einem Augenblick, wo das Kind unbeaufsichtigt war, stürzte es von dem Wagen herab und schlug dabei so unglücklich mit dem Kopf auf die Erde, daß es nach Verlauf weniger Stunden an den erlittenen Verletzungen starb.

Zschornewitz. Gemeindevorstandswahl. In der kürzlich stattgefundenen Gemeindevertretersitzung fand die Neuwahl des Gemeindevorstandes statt. Dabei wurden unser Genosse Baudi als Gemeindevorsteher und Genosse Eckstein als Hilfsschöffe gewählt. Als Schöffen wurden Henkel (Bürgerl.) und Wilh. v. Bowens (KPD.) gewählt. Darob bei den Kommunisten ein großes Geschrei. Sie glaubten sich so sicher in ihrer Position, daß man schon vorher allgemein einen kommunistischen Gemeindevorsteher erwartete. Der kleine Kommunistenwitsch gab darauf eine Erklärung ab, die von Gehässigkeiten und Verleumdungen gegen die SPD. nur so trieften. Ja, wenn man moralisch minderwertig ist, so ist manches zu verstehen. Man kann sich ja Wein zum Ekel trinken, muß aber immer fein nach Moskaus Befehlen darauf loslegen. Denn auch hier gilt das alte Wort: „Umsonst ist der Tod". Es wurde dann noch ein Antrag angenommen, der die Lehrmittelfreiheit gewährleistet. Es kommt dafür ein Betrag von 2600 Mk. in Frage. Es wäre zu wünschen, daß in den nächsten Sitzungen die Geschäftsordnung besser gehandhabt wird, daß aus dem Gemeindeparlament kein Kasperletheater wird, wozu es vielleicht Leute wohl gern degradieren möchten.

Delitzsch. „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" hatte am Sonnabend, den 12. Juli, Mitgliederversammlung im Ring. Kamerad Dr. Schulz setzte seinen Vortrag von der vorigen Versammlung fort. Er entwickelte die Geschichte des Kriegsausbruchs, zeigte auf, wie Oesterreich-Ungarn zum Konflikt trieb, wie Wilhelm II. zunächst die Entwicklung gern sah (Randbemerkungen!), dann aber, als es schon zu spät war, noch zu bremsen versuchte. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wies er nach, wie das militaristisch-bureaukratische System seinen unheilvollen Einfluß ausübte und so mit zum Zusammenbruch wesentlich beitrug. — Im Anschluß an den Vortrag konnten erfreulicherweise wieder eine Reihe Neuaufnahmen in die Organisation getätigt werden. Die anderen Punkte der Tagesordnung betrafen im wesentlichen Organisationsfragen. Die nächste Versammlung wurde auf den 26. Juli festgesetzt.

Pieskeritz. Gemeindevertretung. In der am Donnerstag stattgefundenen Sitzung wurde die nochmalige Wahl der Schöffen nach den neuen gesetzlichen Bestimmungen vorgenommen. Es wurde gewählt Genosse Kejpar und von der KPD. Keiser und Jäckel. Die Uebernahme der Brücke bei der Insel Helgoland soll erst dann erfolgen, wenn sie vom Fiskus in Stand gesetzt ist. Im Volksheim soll das Dach repariert werden. Beschlossen wurde, für die neue Spielschule Inventar, vor allen Dingen 7 Tische und Bänke anzuschaffen. Beschlossen wurde ferner, für die beiden Schulen Mikroskope anzuschaffen. Der Kriegsbeschädigte Barth ersucht die Gemeinde um Ueberlassung einer Baustelle zum Bau eines Wohnhauses. Die Gemeindevertreter sind damit einverstanden, der Preis für die Baustelle soll als Hypothek eingetragen werden. Der Antrag des Turnvereins „Frisch auf", auf Ueberweisung eines Sportplatzes wurde der Baukommission überwiesen. Der Antrag des Herausgebers des hiesigen Lokalblättchens, Buchdruckereibesitzers Mundschenk in Zahna, ihm die Bekanntmachungen der Gemeinde zur kostenlosen Veröffentlichung zu überweisen, wurde, wegen der reaktionären Haltung des Blattes abgelehnt. Bei zwei Gesuchen um Erlaß der Hundesteuer kam die hier herrschende Hundeplage wieder zur Sprache. Es sollen die polizeilichen Verordnungen erneut bekanntgegeben werden; sollte dies nicht genügen, soll ein Hundefänger angestellt werden. Auch über die Nichtsichtbarkeit der Radfahrer, besonders bei Schichtschluß, wurde lebhaft Klage geführt. Es wurde über mehrere Unfälle berichtet, welche in letzter Zeit durch Radfahrer herbeigeführt wurden. Auch hier soll die Polizei die Betreffenden zur Anzeige bringen, wenn die gesetzlichen Bestimmungen, die im Interesse des Publikums erlassen sind, nicht beachtet werden.

Pieskeritz. Spielschule. Am Freitag wurde die neuerbaute Spielschule eingeweiht. An der Feier beteiligten sich Mitglieder des Kreisausschusses einschließlich des Landrates, der Gemeindevertretung und der beiden Lehrerkollegien. Der Gemeindevorsteher Genosse Kunz begrüßte die Anwesenden und übergab die Schule. Herr Rektor Weinhold wies in einer Ansprache darauhin, daß die Spielschule im Jahre 1909 eingerichtet wurde. Im Volksheim, wo sie zuerst untergebracht war, waren die Räume sehr ungeeignet, weil eine Treppe hoch gelegen. Auch der später benutzte Klassenraum in der Knabenschule wurde zu klein und wirkte die Spielschule störend für den Unterricht in den anderen Klassen. In dem neuen Heim ist Raum für mehr denn 100 Kinder geschaffen. Es wurde den Schwestern gedankt für ihre aufopfernde Tätigkeit für die Kleinen. Eingerahmt wurde die Feier durch Gesänge und Vorträge der Kleinen, welche dann mit Kaffee und Kuchen bewirtet wurden. Eine photographische Aufnahme der Kinder, welche die Spielschule besuchen, beschloß die Einweihung.

Gräfenhainichen. Der Um- und Ausbau der Brikettfabrik der Grube „Barbara" zu einer chemischen Fabrik nimmt jetzt sichtbare Formen an. Die dort eingerichteten Rotwohnungen sind zum größten Teil geräumt. Wie wir hören, werden die alten Fabrikgebäude demnächst niedergelegt und durch neue, zweckdienliche ersetzt. Mit den Arbeiten wird baldigst begonnen werden.

Bitterfeld. Autounglück. Am Sonnabendabend passierte ein mit vier Personen besetztes Auto in der Richtung nach Leipzig die Kreuzung der Bitterfelder und Halleschen Straße, als plötzlich an der Streckenkreuzung ein Lastkraftwagen auftauchte, dem auszuweichen nicht mehr möglich war. Das Lastauto fuhr mit großer Gewalt dem Personenauto direkt in die Flanke und rammte es vollständig, so daß der Personenwagen in Trümmer ging. Die Insassen wurden durch den Anprall herausgeschleudert; ein Dame erlitt dabei einen doppelten Knöchelbruch, der Besitzer des Wagens einen Schulterbruch; die übrigen kamen mit dem Schrecken davon.

Falkenberg. Schöffenwahl. Die am Sonntag einberufene Gemeindevertretersitzung hatte die nochmalige Schöffenwahl zu erledigen. Die Wahl selbst war kurz und schmerzlos. Durch Zuruf wurde ohne Widerspruch die letzte Wahl bestätigt. Es sind somit von der SPD. Genosse, Amtsvorsteher Dietrich, von den Demokraten Rektor Wunderlich, von der Volkspartei Tischlermeister Petzold und von den Deutschnationalen Landwirt Schulze zu Schöffen gewählt.

Liebenwerda. Kredit für den Kreis. Dem Landrat Genossen Vogl ist es gelungen, zur Durchführung von Meliorationen einen langfristigen Rentenbankkredit in erheblicher Höhe und zu mäßigem Zinssatz zu beschaffen. Dieser Erfolg des Landrats ist um so erfreulicher, als es möglich sein wird, mit diesem Gelde nicht nur wichtige kulturtechnische Arbeiten zu leisten; sondern auch der Arbeitslosigkeit bis zu einem gewissen Grade abzuhelfen.

Liebenwerda. Die alte Geschichte! Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde am Sonntagvormittag der Dentist Paul Fraude in Hart genommen. Gegen ihn ist ein Verfahren wegen Verbrechens gegen das keimende Leben eingeleitet worden.

Grünewalde. Die Gemeindesitzung nahm folgenden Verlauf: 1. Die bisher noch nicht verpflichteten Gemeindevertreter wurden in üblicher Weise durch Handschlag verpflichtet. 2. Das letzte Protokoll gelangte durch Verlesen, Genehmigung und Unterschrift zur Erledigung. 3. In der Wahl wurden zu Schöffen Albert Richter und Richard Hofmann, zum Ersatzschöffen Karl Schwarze und zum Gemeindevorsteher Otto Dietrich gewählt. 4. Es wurde beschlossen, die Abtretung von Wegstreifen am Gelände der Siedlung „Glückauf" und am angrenzenden Gebiet der Aktiengesellschaft Lauchhammer gegen den Eintausch eines anderen Landstreifens vorzunehmen. Ueber den in Frage kommenden Landstreifen konnte man sich vorläufig noch nicht schlüssig werden. 5. Einem entsprechenden Antrag der Ortssteuerwehr, deren Verbandsbeiträge sowie die Ergänzung von Befleidungs- und Auszeichnungsstücken durch die Gemeindekasse zu übernehmen, wurde stattgegeben. Die Lustbarkeitssteuer wird dagegen nur für jährlich zwei Veranstaltungen erlassen. 6. Im letzten Punkt „Sonstiges" sprach man eingehend über die Instandsetzung der Röhrbrunnen des alten Dorfes und zur Verhinderung weiterer Störungen dieser Wasserleitungen über die beabsichtigte Einsetzung einer geeigneten ständigen Kraft, der diese Ueberwachung obliegen soll. — Auf Anregung durch die Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft besprach man noch länger die Schutzmaßnahmen vor Kreissägen in landwirtschaftlichen Betrieben.

Plessa. Bei der Gemeindevorstands- und Schöffenwahl wurde der bisherige Gemeindevorstand Häusler Otto Lehmann wiedergewählt. Zur Schöffenwahl waren drei Vorschläge aufgestellt: 1. Werktätige Bevölkerung, 2. Einheitsliste und 3. Schrebergerverband. Es wurden gewählt von Wahlvorschlag 1 Richard Laurisch und August Wilhelm, vom Wahlvorschlag 2 Oswald Zschörner und vom Wahlvorschlag 3 August Raum.

Staupitz. Beim Füttern verunglückt. Einer Frau, die die Kühe ausgespannt hatte, wurde durch eine Kuh mit dem Horn das rechte Auge ausgestochen, da das Tier sich der Fliegen, Bremsen und Bienen nicht erwehren konnte.

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 15. Juli 1924.

Monarchistische Freundlichkeiten.

Unsere Monarchisten lassen nichts unversucht und keine Gelegenheit unbeachtet vorübergehen, der Republik ihre zweifelhaften Komplimente zu machen. Mit einem Wort: sie fühlen sich seit geraumer Zeit. Besonders seit dem Tage, an dem Duesterberg hier in Eisleben seinen monarchistischen Theatercoup ausführte. Mit höhnischer Verachtung schauen sie auf den Arbeiter, der nicht wie sie vom nationalistischen Drehsimmel befallen ist. Mimt er aber ihr Rüpelspiel mit, dann ist er der beste Kameradl. Genau wie Wilhelm der Verbluschte in der letzten Periode des Krieges, als die Luft anfing, verschuft dick zu werden, sich bemühte, seinen Armeebefehlen, insbesondere denen aber an die Marine (herzjesses!) einen auffallend „bäterlichen" Ton zu geben. Beim Appell feierte beim Verlesen solcher „grunzenden Herzenstöne" dann der Kuli mit dem ganzen Gesicht und auch die Offiziere, die teilweise, soweit sie von Flandern kamen, den faulen Zauber rochen, konnten sich eines satanischen Lächelns nicht erwehren. Dabei ist nichts Befremdliches. Merkwürdig dabei ist heute nur, daß sich trotz dieser Erfahrungen soviele und dabei im sonstigen Verkehr liebvierte Volksgenossen dieser Zeiten nicht mehr erinnern. Bei allen Unebenheiten, die uns heute im täglichen Leben begegnen und nach dem entsetzlichen Zusammenbruch selbstverständlich sind, ist es doch albern und zu durchsichtig, dafür die Republik verantwortlich zu machen. Die armen Luderschi, die heute noch hinter den uniformglänzenden Pfiffikusen mit dem mephistophelischen Gesichtsausdruck herlaufen, ahnen gar nicht, wie sie eingeseift werden. Glaubt denn noch ein einziger halbwegs Vernunftbegabter, daß die Abgehaftierten im Interesse der „Kameraden" sich die Beine ausreißen würden? Die Herren von den oberen Fünfzig in Eisleben lachen jeden Tag innerlich zmal und kannibalisch, wenn sie an ihre Manöver denken.

Jetzt haben sie sogar noch den Luisenbund gegründet. Na und obl Einige Kameradenfrauen auch in den Vorstand genommen. Der Form halber. Die Gnädige und ihr ehemaliges Dienstmädchen verkommeln jetzt gemeinsam Luisen und singen andächtig „vaterländische" Lieder in den feiner Vollendung harrenden Strickstrumpf. Es ist ja manche dabei, die schimpfte früher fest auf die Sozis und wackelte unentwegt hinter den Kommunisten her. Heute feiert sie aber Luisen. Dieweil es die Konjunktur will. Als ob die „Gnädige" sich ihreinwegen etwa zwischen ihre profanen Reihen setzte. Als ob sie nicht dabei besondere Absichten hätte.

---

* **Erste Ferienwanderung der Arbeiterwohlfahrt.** Die Mitglieder des Arbeiterwohlfahrtsausschusses haben in ihrer Sitzung beschlossen, in diesem Jahre während der Ferien mit den Kindern Ausflüge zu veranstalten. Der erste Ausflug findet Donnerstag, den 17. Juli, statt. Der Sammelplatz ist an der Gerichtslaube. Der Abmarsch erfolgt um 9 Uhr. Es wird erwartet, daß unsere Genossen ihre Kinder zur Teilnahme veranlassen. Auch die erwachsenen Genossinnen und Genossen sind sehr willkommen. Jedes Kind soll nach Möglichkeit einen Becher oder dergleichen mitbringen, um darin Getränke zu empfangen. Spenden an Erfrischungsmitteln, Spielgeräten und Geld sind jederzeit willkommen.

Hettstedt. Unfall auf Bahnhof Hettstedt. Der Bahnwärter Oskar Haase aus Burgkörner war auf seinem Streckengange am Sonnabend früh am Südende des Bahnhofs mit Schraubenanziehen beschäftigt, als in ein von den Rangierern abgelassener Wagen traf. Haase erlitt schwere Verletzungen, u. a. eine große Kopfwunde, Verletzungen der Beichtteile, einige Rippenbrüche und Rückgratsverletzungen. Er wurde dann mit dem nächsten Zuge nach Aschersleben gebracht und ins städtische Krankenhaus eingeliefert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192407151-17/fragment/page=0006

Reichsbanner und Reichspräsident.

Die stürmische Aufwärtsbewegung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in allen Teilen des Reichs ist ein Beweis, daß mit der Gründung der Organisation entschiedener Republikaner ein Wille und eine Stimmung ausgelöst wurde, die den größten und besten Teil der deutschen Männer und der deutschen Jugend beherrscht. Hunderttausende von Frontkämpfern und Republikanern, Hunderttausende von jungen Männern haben sich in wenigen Wochen zusammengeschlossen, um in allen Gefahren für die Staatsform einzutreten, die sich das deutsche Volk selbst gegeben hat. Die Verbindung von Volk und Staat nimmt hier sichtbare Form an; eine Volksbewegung, die getragen ist vom republikanischen Gedanken, die aller Welt zeigt, daß das deutsche Volk in seinem Kern demokratisch und republikanisch gesonnen ist.

Wie jämmerlich nimmt sich dieser Bewegung gegenüber der Stahlhelm aus, der in fünfjähriger Tätigkeit zwar eine Menge Anhänger in Mitgliederlisten sammelte, aber noch nicht vermocht hat, diese auch in einer Idee zu vereinigen. Das wilde Durcheinander an politischen Bestrebungen im Stahlhelm symbolisiert den politischen und geistigen Verfall des Deutschlands der Militaristen und Monarchisten, die geistige Einheit und festumrissene Staatsauffassung der Reichsbanner-Bewegung ist dagegen Aufbau und Erneuerung. Es war deshalb nicht nur eine politisch folgerichtige und kluge, sondern auch eine wahrhaft nationale Handlung des Reichspräsidenten Ebert, als er auf ein Begrüßungstelegramm des Reichsbanners in München in herzlichem Ton antwortete und dabei die Hoffnung aussprach, daß diese Gründung mithelfen möge, „Zwietracht und Hader im deutschen Volke zu überwinden, und den Gedanken zu stärken, daß nur auf dem Boden der Weimarer Verfassung und im Bewußtsein der Schicksalsgemeinschaft des Deutschen Reichs eine Wiedererstarkung Deutschlands erreicht werden kann".

Die rechtsgerichtete bürgerliche Presse pöbelt aber den Reichspräsidenten in gemeinster Weise an wegen dieses Antwort-Telegramms. Der „Berliner Lokal-Anzeiger" schleudert folgende Dreckspritzer gegen den Reichspräsidenten:

„Hat der unglückliche Ausgang des Krieges bei uns auch zu einer Aenderung der Staatsform geführt, so bildete doch die Gemeinsamkeit des Schicksalskampfes, der unsern Söhnen und Brüdern vor nunmehr bald 10 Jahren durch unsere Feinde aufgenötigt wurde, bisher wenigstens immer eine der wenigen Klammern für den Zusammenhalt unseres Volkes. Der neuen Reichshammer-Gründung war es vorbehalten, auch diese Klammer zu zerstören, und das derzeitige Oberhaupt des Deutschen Reichs erteilt dieser Zerstörungsarbeit, (!) an der alle unsere Kriegsgegner aus den Jahren 1914 bis 1918 sicherlich ihre unmenschliche Freude haben werden, seinen väterlichen Segen. Zwietracht und Hader werden durch diesen linksradikalen Kampfbund nicht überwunden, sondern nur noch weiter verschärft werden; und wer gar von dem Festhalten an der Weimarer Verfassung eine Wiedererstarkung Deutschlands erwartet, dem ist, will uns scheinen, wirklich nicht mehr zu helfen. Tatsächlich wird ja in Deutschland schon jetzt von den republikanischen Machthabern auf allen Wegen und Stegen gegen die Weimarer Verfassung regiert, sei es, weil mit ihrer Papierweisheit in der harten Welt der Tatsachen eben nun einmal nichts anzufangen ist, sei es, weil ihre Gegner in Deutschland nachgerade stark genug geworden sind, um hier und da und dann und wann doch schon andere Regierungsmethoden zu erzwingen, mit durchaus verfassungsmäßigen Mitteln selbstverständlich."

Der „Lokal-Anzeiger" meint offenbar, der Reichspräsident, der auf die Weimarer Verfassung einen Eid geleistet hat und ihr Hüter sein soll, hat die Pflicht, völkische Verbrecher und monarchistische Reaktionäre zu begeifern und ihre Bestrebungen zu fördern. Ein Reichspräsident, der nicht wagt, sich zur Verfassung und zu republikanischen Bestrebungen zu bekennen, der wäre nach den Herzen der Deutschnationalen und Völkischen. Er soll als Reichspräsident mithelfen, die Verfassung zu beseitigen — „mit durchaus verfassungsmäßigen Mitteln selbstverständlich". (!) So etwas wird in einer richtiggehenden deutschen Zeitung verlangt, in keiner Fastnachtsnummer und keiner Ulk- und Bierzeitung. Augenscheinlich ist der Artikel auch nicht im Irrenhause, sondern in der Redaktion des „nationalen" „Lokal-Anzeigers" geschrieben.

Auch die „Kreuz-Zeitung" rüffelt den Reichspräsidenten wegen seiner „parteipolitischen Stellungnahme den republikanischen Kriegsteilnehmern gegenüber". Die deutschnationalen Blätter scheinen doch lebhaft durch die Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in höllische Angst gekommen zu sein. Jedenfalls kann man aus dieser Angst einen Beweis dafür herauslesen, daß die Gründung des Reichsbanners tatsächlich an der Zeit war. Und der Reichspräsident muß selbstverständlich zu dieser verfassungstreuen Vereinigung stehen, denn sie bedeutet Sicherung der Verfassung, der Republik.

Zollfragen in der Landwirtschaft.

Die Kommission zur Ermittelung der hohen Lederpreise bzw. Schuhpreise hat mit ihren Arbeiten, nachdem sie sich wochenlang Zeit genommen hatte, begonnen. Naturgemäß werden in ihre Verhandlungen Zoll- und Ausfuhrfragen hineinspielen. Der schlechte Geschäftsgang hat ja an und für sich die Häutepreise abgeschwächt. Die Inmhäutekauktionen wiesen z. B. für Kuh- und Ochsenhäute durchschnittlich um 10 bis 12 Pf. pro Pfund billigere Preise auf als die Maiauktionen. Jedoch ist nach dem erneuten Anziehen der Preise auf der letzten Berliner Auktion die Marktlage völlig ungeklärt, fast eine weitere Hausse wahrscheinlich. Trotzdem schreien Metzger und Häutehändler nach Freigabe der Häuteausfuhr. „Die Lederindustrie kann die Häute nicht aufnehmen", sagt der Häutehandel. Daß die Massen nicht kaufen können, sagt man nicht. Die Lederindustrie würde die letzte Haut konsumieren, wenn nur die Schuhindustrie ihre Schuhe absetzen könnte. Die Leder- und Schuhfabrikanten haben sich bisher auch noch stets gegen die Freigabe der Häuteausfuhr ausgesprochen, solange nicht auch die übrigen Länder die Häuteausfuhr freigeben. Die Arbeiter und Konsumenten haben natürlich erst recht kein Interesse an der Häuteausfuhr, solange nicht der deutsche Markt ausreichend mit rohen Häuten und Fellen versorgt ist. Im Interesse der Vereinigung der deutschen Wirtschaft muß erwartet werden, daß die Regierung dem Schrei nach der Freigabe der Häute- usw. Ausfuhr nicht nachgibt.

In bezug auf die Debatte über die übersetzten Schuhpreise ist die in Hamburg stattgefundene Generalversammlung des Deutschen Schuh- und Schäftefabrikantenverbandes, die sich in einer Entschließung auch gegen die Ausfuhr von Rohhäuten wendete, von größtem Wert, auch für die Arbeiter der Lederenquete. Der Referent, Kommerzienrat Wallerstein, führte u. a. aus, daß die Schuhpreise 30 bis 35 Prozent über den Preisen von 1914 stehen; die Preise für Oberleder sind um 34 Prozent, für Bodenleder um 25 Prozent, für Futterstoffe um 160 Prozent, für sonstige Textilien, Nähfaden und Garne, einschl. Nähseiden um 234 Prozent, Löhne, Gehälter usw. um 25,6 Prozent höher. Die Umsatzsteuer beträgt 8,88 Prozent, andere Steuern, erhöhte Bankzinsen, soziale Lasten usw. machen 10 Prozent aus. Die Belastung aus diesen Positionen beträgt also 19 Prozent. Von den 30 bis 35 Prozent Steigerung bleiben also nur noch 11 bis 16 Prozent tatsächlicher Steigerung übrig. In Amerika beträgt, wie Wallerstein betonte, die Steigerung der Schuhpreise mindestens 30 Prozent. Zu dieser Rechnung ist aber zu bemerken, daß im Auslande viele der erwähnten Steigerungen auch in Betracht kommen, und daß vor allem die Löhne in Amerika erheblich höher sind als in Deutschland. Der angezogene Vergleich trifft also nicht so ohne weiteres zu. In den Berechnungen des Referenten ist vor allem wichtig, daß verschiedene Hilfsrohstoffe für die Schuhfabrikation noch Erhöhungen bis zu 234 Prozent aufweisen. Ohne weiteres ist anzunehmen, daß sich in dieser Uebersetzung das Preisdiktat verschiedener Kartelle und Syndikate auswirkt. Dieselben Erscheinungen konstatiert auch die maßgebende Organisation der Lederhersteller. In ihrer Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium wird die prozentuale Verteuerung von chemischen und anderen Produkten Anfang Juni gegenüber den Friedenspreisen bei Arsenik mit 183 Prozent, bei Kalk mit 104,4 Prozent, bei Gerbhölzl mit 150,6 Prozent, bei Baumwollblau mit 260 Prozent, bei Chromlederschwarz mit 165,5 Prozent, bei Fuchtenrot mit 106,2 Prozent und bei Würfelgambier mit 243 Prozent, bei Sumachextrakt mit 168 Prozent und bei Tran mit 130 Prozent angegeben. Die Preishöhe dieser Materialien wird von den liefernden Industrien nicht nur mit steuerlichen und anderen Belastungen begründet, sondern auch mit der Höhe der Arbeitslöhne. Uns ist nichts davon bekannt, daß die Löhne in diesen Industrien besonders hoch wären, vielmehr sind die Ueberpreise Auswirkungen der Syndikatspolitik. Sie würden sich in der Belastung für die Bevölkerung noch empfindlicher bemerkbar machen, wenn die Zölle für diese Hilfsstoffe der Gerberei um 30 bis 80 Prozent erhöht würden, wie geplant ist. Da die Einfuhr von Leder und Schuhwaren aus dem Auslande frei ist und in den letzten Monaten stark zugenommen hat, während die Ausfuhr von Leder und Schuhwaren zurückgegangen ist, dürfen auch die Preise für die Roh- und Hilfsstoffe der Lederindustrie nicht durch hohe Zölle verteuert und Monopolpreise geschaffen werden. Die dem Reiche durch die Zölle zufließenden Beträge würden durch die Erschwerung der Produktion und des Exports mehr wie aufgehoben. Die Lederenquete muß auch in diese Dinge hineinsteigen. Vor allem müssen die Zwischengewinne des Handels geprüft werden, die eine Normalisierung vertragen.

Gewerkschaftsbewegung.

Ausschußsitzung des Afa-Bundes.

Der Bundesausschuß des Afa-Bundes hat in seiner jüngsten Tagung nach Entgegennahme des Kassen- und Revisionsberichtes, aus dem eine nach der Inflation eingetretene Konsolidierung der Gesamtbewegung hervorging, sich mit der Einberufung des nächsten Kongresses beschäftigt. Mit Rücksicht auf die noch abzuhaltenden Verbandstage wurde beschlossen, den 2. Afa-Gewerkschaftskongreß im Frühjahr 1925 abzuhalten.

Sodann folgte die Beratung der vom Bundesvorstand vorgelegten Richtlinien für die Erfassung und Schulung der Betriebs- und Angestelltenräte. Danach ist die Afa-Bundeszentrale beauftragt, den Betriebsvertretungen insbesondere durch die neuerdings ausgehende „Afa-Bundeszeitung" laufend alles erforderliche Material auf dem Gebiet der Wirtschaft und des Arbeitsrechts zu liefern. Entgegen einer früheren Regelung wird die „Afa-Bundeszeitung" als das gemeinsame Organ sowohl für die Vertrauensleute der Verbände als auch für die Betriebsvertretungen anerkannt, so daß also künftig keine besonderen Betriebsräte-Zeitungen mehr herausgegeben werden. Die Betriebs- und Angestelltenräte sollen gewerkschaftliche Funktionäre sein; des weiteren ist die Erfassung der Betriebs- und Angestelltenräte durch die einzelnen, dem Afa-Bund angeschlossenen Berufsverbände vorgesehen. Die technische Durchführung der Sammlung des Adressenmaterials wird den Afa-Ortskartellen und den Ortsgruppen der Verbände übertragen. In jedem Ortskartell wird ein Betriebsräte-Ausschuß gebildet; seine Verbindung mit den entsprechenden Körperschaften des ADGB. und AfB. ist gleichfalls gesichert. — Die Richtlinien fanden die einstimmige Annahme des Ausschusses.

Erwerbslosenunterstützung nach Streiks und Aussperrungen.

Der Vorstand des ADGB. hat die Regierung dringend ersucht, die Bestimmung der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge zu ändern, wonach Arbeitnehmer, die durch Streik oder Aussperrung arbeitslos wurden, erst vier Wochen nach Beendigung des Streiks in den Genuß der Unterstützung kommen. In der Eingabe wird die Sperrfrist als untragbare Härte bezeichnet, und besonders die Verhältnisse der augenblicklichen Wirtschaftslage drängen auf eine sofortige Aenderung. In steigendem Maße zeige sich auch, daß Unternehmer den Streit um die Arbeitsbedingungen geradezu provozieren, um auf diesem Wege die Stillegungsverordnung zu umgehen. In all diesen Fällen gelten Massen von Arbeitern, die auch ohne den Arbeitsstreit arbeitslos geworden wären, auf Grund der Bestimmung des § 3 als für vier Wochen von der Unterstützung ausgeschlossen. Es erscheine dem Vorstande des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes einfach unmöglich, die endgültige Erledigung dieser bisher von den Wirtschaftsträgern und der Regierung einheitlich beurteilten Frage hinauszuschieben bis zur Erledigung durch ein Gesetz über die Arbeitslosenversicherung. Der Vorstand hält es vielmehr für die gebotene Pflicht der Reichsregierung, mit größter Beschleunigung die bestehende Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge in diesem Teil abzuändern und die Entziehung der Erwerbslosenfürsorge für Arbeitslose, deren Arbeitslosigkeit durch Ausstand oder Aussperrung verursacht ist, nur auf die Dauer des Ausstandes oder der Aussperrung zu beschränken.

Eine Aenderung des § 8 ist nur durch die Gesetzgebung möglich. Anscheinend möchte die Regierung im Hinblick auf ein künftiges Arbeitslosenversicherungs-Gesetz zurzeit nicht an den Grundlagen der bestehenden Erwerbslosenfürsorge ändern. Die Auswirkung des § 3, der nach Arbeitsstreitigkeiten eine Sperrfrist vorsieht, ist jedoch so ungerecht und durch die derzeitigen Verhältnisse bis zur Unerträglichkeit verschärft, daß eine Aenderung erfolgen muß.

Zurück zur Kurzarbeiterunterstützung!

Eine Eingabe der Textilarbeiterverbände.

Ueber die unbedingte Notwendigkeit der Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung, die vom Reichsausschuß für soziale Angelegenheiten abgelehnt wurde, gibt eine Eingabe der drei Textilarbeiterverbände an den Reichskanzler ein drastisches Bild. In der Eingabe heißt es:

In welchem Umfange die Kurzarbeit in der Textilindustrie zugenommen hat, beweisen folgende Zahlen, die sich aus der Kurzarbeiterzählung des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes für die Monate Mai/Juni ergeben:

Im Mai waren von den von der Zählung erfaßten 376 476 Mitgliedern 21 320 = 5,7 Prozent Kurzarbeiter, im Juni dagegen waren von den erfaßten 355 125 Mitgliedern 109 430 = 30,8 Proz. Kurzarbeiter. Das gleiche Verhältnis zwischen Mitgliedern und Kurzarbeitern ist auch in den anderen Verbänden festgestellt worden. Für die Gesamtindustrie ergibt sich dasselbe Bild, so daß die Anzahl der kurzarbeitenden Textilarbeiter zurzeit 275 000 betragen dürfte. Inzwischen sind durch die bei den Verbandsleitungen einlaufenden Mitteilungen diese Zahlen schon wieder weit überholt. Bei der ständig fortschreitenden Verschlechterung des Geschäftsganges in der Textilindustrie ist damit zu rechnen, daß Ende Juli mindestens 70 Prozent aller in der Textilindustrie Beschäftigten verkürzt arbeiten werden.

Die Not in den Familien der kurzarbeitenden Textilarbeiter ist heute schon unbeschreiblich. Meistens verdienen die Kurzarbeiter weniger als im Falle gänzlicher Erwerbslosigkeit an Unterstützung gezahlt wird. Zum Beweise führen wir einige typische Fälle aus M.-Gladbach an: 1. Der Durchschnittslohn eines Webers beträgt 51 Pf. pro Stunde, unter Hinzurechnung von je 1 Pf. für die nichterwerbstätige Frau und zwei Kinder unter 14 Jahren 54 Pf. pro Stunde. Bei 16stündiger Arbeitszeit verdient dieser Weber 8,64 Mk. Davon gehen ab: Krankenkasse (Kl. 7) 1,18 Mk., Erwerbslosenbeitrag 0,44 Mk., Invalidenversicherung 0,40 Mk., so daß als ausgezahlter Lohn für eine Woche 6,62 Mk. bleibt. 2. Ein Hilfsarbeiter mit gleichem Familienstand erhält 45 Pf. pro Stunde. In 16 Arbeitsstunden ergibt das 7,20 Mk. Davon gehen ab: Krankenkasse (Kl. 5) 0,98 Mk., Erwerbslosenbeitrag 0,32 Mk., Invalidenversicherung 0,30 Mk., also ausgezahlter Lohn für eine Woche 5,60 Mk.

Die Unterstützung im Falle völliger Erwerbslosigkeit beträgt für einen verheirateten Mann mit zwei Kindern 8,94 Mk., so daß der tatsächlich erzielte Verdienst im ersten Beispiel um 2,32 Mk., im zweiten um 3,34 Mk. hinter dem Betrag der Erwerbslosenunterstützung zurückbleibt."

Nachdem nun die Erwerbslosenziffer um 100 Prozent erhöht wurden, ist die Differenz so groß, daß der „Lohn" wie ein Trinkgeld erscheint. Aber ganz abgesehen von dieser Folgeerscheinung, deren Wirkung der Statistik offenbar übersehen hat, ist es ganz ausgeschlossen, daß ein einzelner Mensch mit einem Betrag von sechs bis sieben Mark seine Arbeitskraft erhalten und darüber hinaus noch eine Arbeitsleistung vollbringen kann. Wie soll erst ein Familienvater dieses Problem lösen? Die Ablehnung des Antrages unserer Genossen muß schleunigst revidiert, die Kurzarbeiterunterstützung muß auf eine Basis gestellt werden, die den Arbeitern die Möglichkeit gibt, sich und ihre Familie wenigstens auskömmlich ernähren zu können.

40 Jahre Steinarbeiterverband.

Der Zentralverband der Steinarbeiter feierte am 6. Juli das Jubiläum seines 40jährigen Bestehens. An diesem Tage des Jahres 1884 vereinigten sich die Vertreter von 14 Ortsvereinen in Halle zur Gründung des Verbandes der Steinmetzen Deutschlands, dem in 26 Orten 2000 Mitglieder beitraten. In diesen engen Grenzen konnte sich die Organisation wenig entwickeln. 1893 musterte sie in 47 Orten 2516 Mitglieder. Jetzt wurde der Verband allen in der Steinindustrie beschäftigten Arbeitern zugänglich gemacht. Der Erfolg war, daß 1895 bereits in 111 Orten über 6000 Kollegen als Mitglieder vorhanden waren. 1898 trat der Verband der Generalkommission bei. 1902 wurden in 180 Zahlstellen 7407 Mitglieder gezählt. 1908 wurde die lose Organisationsform aufgegeben und der noch heute bestehende Zentralverband geschaffen. Sein Erfolg war nach zehnjährigem Bestand eine Mitgliederzahl von 30 516 in 374 Zahlstellen. Nach der Statistik des Jahres 1922 umfaßte der Verband, der sich inzwischen durch Aufnahme der Steinbildhauer, Steinsetzer und anderer Branchen zum Industrieverband entwickelt hat, 50 524 Mitglieder. Das Verbandsorgan widmet dem Verbandsjubiläum eine festlich gestimmte Nummer mit wertvollen Beiträgen. Wir wünschen dem Verband eine erfolgreiche Weiterentwicklung und Erstarkung zum Segen seiner Kollegenschaft.

Gut überstanden.

Dem soeben veröffentlichten Jahresbericht des Verbandsvorstandes entnehmen wir, daß die Mitgliederzahl des Verbandes der Deutschen Buchdrucker trotz der starken Inflation und Arbeitslosigkeit im Berichtsjahr nur um ein geringes zurückgegangen ist. Sie sank von 72 976 am Jahresbeginn auf 67 477 am Jahresschluß. Daß der Abgang vom Gewerbe ein weit größerer war, zeigt allein der Rückgang der Lehrlingsziffer von 9784 auf 7862. Auch die Zahl der Druckorte mit Verbandsmitgliedern ist von 1588 auf 1459 zurückgegangen. Aus alledem ist zu ersehen, daß der Buchdruckerverband sich in der schwersten Zeit als feste Stütze seiner Kollegenschaft bewährt hat. Er gehört auch zu denjenigen Organisationen, in denen die Zellentätigkeit der Kommunisten nicht die geringsten Erfolge im Sinne der Moskauer Internationale erringen konnte. Darauf mag es auch zurückzuführen sein, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Buchdruckgewerbe gegenüber verschiedenen anderen Berufen günstiger sind.

Gewerkschaftszersplitterer von rechts.

Was die Moskauer von den Gewerkschaften noch übriggelassen haben, das versuchen die Potsdamer noch vollends kaputtzumachen. Diese sogenannte „nationale Arbeiterbewegung" hat seit geraumer Zeit auch bei uns in Mitteldeutschland eine ziemlich lebhafte Agitation entfaltet, ohne bisher allerdings wesentliche Erfolge zu erzielen. Neuerdings versuchen sie auch in Angestelltenkreisen wieder Proselyten zu machen, und diesem Zweck sollte auch ein Artikel dienen, den der Geschäftsführer des gelben Werkmeisterbundes in Halle, Herr Martin Richter, in der „Hallenschen Zeitung" und in der „Allgemeinen Zeitung" veröffentlicht hat. Vom freigewerkschaftlichen Werkmeisterverband wird jetzt dazu geschrieben:

In der Nummer 161 der „Hallenschen Zeitung" versuchte Herr Martin Richter vom Deutschen Werkmeisterbund den Nachweis zu führen, daß seine Organisation die alleinseligmachende ist. Wir nehmen sein Wort auf: „Schafft Klarheit!", und sind der Meinung, daß die Arbeitnehmer alle Ursache haben, wirkliche Klarheit zu schaffen. Wir bitten alle, sich den Satz des Herrn Richter sehr wohl einzuprägen: „Die Arbeitnehmerschaft kann der Gewerkschaftsarbeit nicht entbehren", und bitten alle Arbeitnehmer, genauestens nachzuforschen, wo denn die Gewerkschaftsarbeit geleistet wird. Die Anhängsel des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, der Werkmeisterbund und der Verband deutscher Techniker, sind erst in der Nachkriegszeit gegründet. Von der Gewerkschaftsarbeit haben wir noch nichts zu spüren bekommen. In vielen hundert Verhandlungen haben die Vertreter dieser beiden Organisationen — DWB. und VdT. — sich lediglich darauf beschränkt, zuzuhören, was vom Deutschen Werkmeisterverband und vom Bund der technischen Angestellten und Beamten im Interesse der Angestellten unternommen wurde. Wir haben es mir für zweckmäßig gehalten, uns über die parteipolitische oder religiöse Neutralität oder gar über den Marxismus in unseren gewerkschaftlichen Veranstaltungen zu unterhalten, sondern haben unsere Hauptaufgabe gerade in der jetzigen Zeit darin erblickt, das Los der Arbeitnehmer möglichst tragbar zu gestalten in der festen Ueberzeugung, daß unsere Anhänger an Hand unserer Satzungen und unseres sozialen Programms sich von selbst die richtige Weltanschauung bilden. Wenn aber auf der anderen Seite die Gewerkschaftsarbeit in den Winkel gestellt wird und die Hauptaufgabe nur darin gesehen wird, in schmutziger Agitation mit Verleumdungen den anderen einige Mitglieder abzujagen, so kann das unter keinen Umständen im Interesse der Arbeitnehmer liegen.

Wir fordern Herrn Martin Richter auf, einmal den Beweis zu erbringen, wo hier in Mitteldeutschland die parteipolitische Neutralität des DWB. und Butab verletzt ist, und sind überzeugt, daß ihm das wohl nicht gelingen wird. Wo waren denn die Vertreter des DWB. und VdT. in den vielen öffentlichen Angestelltenversammlungen der letzten Jahre, als es galt, Klarheit zu schaffen über die Gewerkschaftsarbeit? Böse Zungen behaupten, sie haben feige gefehlt. Wir sind jederzeit bereit, in der breitesten Oeffentlichkeit in Versammlungen mit den Herren zu diskutieren.

Damit genug für heute. Sollte aber dort drüben beliebt werden, mehr zu hören, so werden wir mit anderem Material aufwarten.

Biegand (Halle).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192407151-17/fragment/page=0007

Das Blatt der Frau

Die Sittlichkeit an der hallischen Universität.

Von **Anna Blos** (Stuttgart).

Es ist noch nicht allzu lange her, daß die Zulassung der Frauen zum ärztlichen Berufe sehr stark bekämpft wurde. Im Jahre 1898 erließen die Kliniker zu Halle einen fulminanten Protest gegen die Beteiligung der Frauen an klinischen Vorlesungen „im Interesse der Sittlichkeit und Moral".

Da ist es nun interessant, daß die gleiche Universität etwa 1754 einer Frau den medizinischen Doktortitel verließen hat, ohne daß damals die Sittlichkeit und Moral in Halle erschüttert wurden. Dieser erste weibliche Doktor der Medizin in Deutschland überhaupt ist Dorothea Christiane Erxleben, geb. Leporia. Der Lebenslauf und das Wirken dieser Frau ist in vieler Beziehung außerordentlich interessant. Denn in ihrer Art war auch sie eine Vorkämpferin für die Frauenbewegung, die im 19. Jahrhundert in Deutschland so stark einsetzte und den Grund legte zu der heute so gänzlich veränderten Stellung der Frau in Staat und Gesellschaft.

Dorothea Christiane Leporia wurde am 13. November 1715 in Quedlinburg, der Vaterstadt Klopstocks, geboren. Dort wirkte ihr Vater als praktischer Arzt. Das kleine Mädchen war viel kränklich und daraus ergab sich, daß sie im Hause unterrichtet wurde, zunächst als Zuhörerin beim Unterricht, den ihr jüngerer Bruder vom Vater, aber auch von anderen Lehrern erhielt. Bald zeigte sich ihre rasche Auffassungsgabe und ihre außerordentlich geistige Regsamkeit. Nicht nur ihr Vater, sondern auch Lehrer vom Quedlinburger Gymnasium suchten in jeder Beziehung den Lerneifer Dorotheas zu fördern. Wenn sie auch nicht so viel Sprachen kannte wie ihre berühmte Namens- und Zeitgenossin Dorothea Schlöper, die mit 15 Jahren etwa elf Sprachen beherrschte und mit 17 Jahren den Doktortitel der Philosophie erwarb, so lernte sie doch Lateinisch und Französisch mit großer Fertigkeit. Daneben aber zeigte Dorothea großes Interesse für die Wissenschaft ihres Vaters. Er ließ sie daher an seinen medizinischen Studien teilnehmen. Aber dieses Studium blieb kein rein theoretisches. Bald führte Dr. Leporia seine Tochter auch in die Praxis ein, und als er ihre große Begabung in der Behandlung der Kranken erkannte, überließ er der Tochter bald die Vertretung bei seinen Patienten.

Wie ernst es Dorothea mit ihrem ärztlichen Beruf nahm und wieviel sie schon mit wenig mehr als 20 Jahren über die Stellung der Frau und über die Fähigkeiten des weiblichen Geschlechts nachdachte, zeigen die Aufzeichnungen, die sie damals machte und die ihr Vater mit einer Vorrede von ihm selbst der Oeffentlichkeit übergab. Die kleine Schrift heißt „Gründliche Untersuchung der Ursachen, die das weibliche Geschlecht vom Studium abhalten, darin deren Unerheblichkeit gezeiget, und wie es möglich, nöthig und nützlich sey, daß dieses Geschlecht der Gelahrtheit sich beflei ßige, umständlich dargelegt wird". Dorothea widerlegt in dieser Schrift mit Temperament und Geschick die vielen Vorurteile, die natürlich auch zu ihrer Zeit sehr stark waren gegen die Zulassung der Frauen zum Studium. Vor allem beschäftigt sie sich mit dem Einwand, daß das Weib stärker als der Mann zu Affekten neige. D. h., es ließe sich zu leicht von Gefühlen beeinflussen und hätte daher nicht die Kühle und Ruhe, die zur Erlangung und Ausübung der Wissenschaft erforderlich wäre. Die Verteidigerin des Frauenstudiums findet dagegen, daß das männliche Geschlecht viel mehr zu Affekten neige und daß sie diese nur durch wissenschaftliche Arbeit überwinden und beherrschen lernten. Sehr interessant ist der Hinweis des Vaters Leporia in der Vorrede, daß die wissenschaftliche Klärung der Gedankenwelt des weiblichen Geschlechts dringend notwendig wäre im Hinblick auf seine Aufgabe der Kindererziehung. Auch die Herstellung einer wahren Gemeinschaft der tiefsten Interessen in der Ehe beruhen auf der wissenschaftlichen Denkfähigkeit auch der Frau.

Dorothea entwirft dann ein umfangreiches Programm für die wissenschaftliche Ausbildung der Frauen. Sie verlangt nicht weniger als die Kenntnis der vier Fakultäten, nämlich der Theologie, der Medizin, der Jurisprudenz, der Oekonomie und Literaturgeschichte — bei Konzentrieren auf ein Fachstudium. Als selbstverständlich setzt sie dabei die Aneignung aller hauswirtschaftlichen Kenntnisse voraus, die übrigens auch Dorothea Schlöper forderte.

Schon vor Erscheinen dieser Schrift hatte sich aber das Interesse der Oeffentlichkeit Dorothea Christiane Leporia zugewandt. Im Jahre 1741 hatte Friedrich II. nach seiner Thronbesteigung königliche Kommissare nach Quedlinburg gesandt, die dort die Huldigung für ihn entgegennehmen sollten. Diese Herren wurden aufmerksam auf die junge Gelehrte und empfahlen sie der Huld des Königs. Der aufgeklärte Monarch ließ ihr darauf mitteilen, daß er ihr eine Empfehlung an die medizinische Fakultät in Halle geben wolle, falls sie die Absicht hätte, dort den Doktortitel zu erwerben. Dorothea konnte aber nicht so bald von diesem Anerbieten Gebrauch machen. Sie hatte sich inzwischen mit dem Geistlichen an der Nikolaikirche zu Quedlinburg, Johann Christian Erxleben, verheiratet. Er war Witwer, Gatte ihrer verstorbenen Freundin und brachte fünf noch unerzogene Kinder mit in die Ehe. Dorothea wurde Mutter von noch drei Kindern. Dazu kam der Tod ihres sehr geliebten Vaters. Dann wurde ihr Gatte schwerkrank und nur der ärztlichen Erfahrung und der liebevollen Fürsorge Dorotheas verdankte er sein Leben. Die glückliche erfolgreiche Behandlung Erxlebens erregte die Aufmerksamkeit weiter Kreise. Viele einheimische und ausländische Kranke erbaten die Behandlung der geschickten Aerztin. Eine Reihe glücklicher Kuren vermehrten ihre Praxis immer mehr. Dadurch aber erregte die geschickte Frau den Neid von drei Aerzten in Quedlinburg, die sich in ihrer Praxis beeinträchtigt glaubten und Klage gegen ihre Kollegin erhoben wegen unprivilegierter Ausübung ärztlicher Praxis. Da, nach zehn Jahren, erinnerte sich Dorothea des Versprechens, das ihr Friedrich II. gegeben hatte. Sie ließ ihn an dieses Versprechen mahnen und erhielt die Erlaubnis, in Halle zu promovieren. Es heißt von ihrer Doktorarbeit, daß sie ihr Thema sehr klar und überschlichlich bearbeitet hätte. Es behandelt die schnelle Linderung von Krankheiten und die Erfolge der ärztlichen Behandlung durch Entgegenkommen der Kranken. Kenner erklären, daß die Abhandlung von klarem Denken und ernstem Verantwortungsgefühl, ja von einem männlichen Geist zeugt.

Die mündliche Prüfung dauerte zwei Stunden und die Kandidatin wurde in einer Reihe medizinischer Fächer gründlichst geprüft. Am 6. Mai 1754 ermächtigte der König die Fakultät, die besonders betonte, daß Dorothea sich außerordentlich gewandt lateinisch auszudrücken verstand, daß ihr der Doktortitel verliehen wurde. Die feierliche Promotion erfolgte unter großer Beteiligung der Professoren und Studentenschaft und die Feier schloß mit einer schwungvollen lateinischen Dankesrede der neuernannten Frau Doktor.

Dorothea Christiane Erxleben übte dann noch acht Jahre lang ihre ärztliche Praxis aus, und es wird mit besonderem Respekt erwähnt, daß sie sogar eine Prinzessin unter ihren Patienten hatte. Sie verlor ihren Gatten im Jahre 1759 und starb selbst, noch nicht 50 Jahre alt, im Jahre 1762. Damit endete ein interessantes und selten reiches Frauenleben.

Dieser erste weibliche Doktor der Medizin vereinigte große energische Tatkraft mit echt weiblicher Art sozialen Wirkens. Im Gegensatz zu späteren gelehrten Frauen, die den Männern möglichst zu gleichen suchten, fand diese Frau ihr höchstes Glück, ihren größten Stolz darin, nicht nur in ihrem Berufsleben, sondern auch im häuslichen Kreis als Gattin und Mutter ihre Pflichten treu zu erfüllen. Die Harmonie, in der sie Welt und Haus zu verbinden verstand, zeigte die Wege, auf denen die Frauen von heute die Aufgaben unserer Zeit erfüllen sollen.

Goethes Mutter.

Eine solche Mutter möchte man jedem Menschen wünschen. Immer fröhlich und guter Dinge, voller Liebe zu den Menschen und vollere Achtung vor der Eigenart eines jeden. Wie hat sie es verstanden, die besondere Begabung Goethes schon in dem kleinen Jungen zu fördern. Wie kam sie seiner Lust zum „Fabulieren" und seiner Vorliebe für das Theater entgegen. Freilich waren es ihre eigenen Neigungen, die sie in ihrem Kinde wiederfand. Beim abendlichen Geschichtenerzählen war sie nicht selten eifriger und glaubte selbst fester an ihre Märchen als ihre kleinen Zuhörer. Goethe und seine Schwester Cornelia. Der Ruhm ihrer Erzählungskunst verbreitet sich bald, so daß jung und alt bei der Frau Rat Goethe erschien, um ihr ein Stündchen zu lauschen.

Ihr ganzes Leben lang hatte sie eine große Vorliebe für das Theater. War es in ihren alten Tagen ihre größte Freude, die Frankfurter Aufführungen der Schauspiele Goethes zu besuchen, so mußte sie in jungen Jahren manchen Wortkampf mit ihrem Manne ausfechten, damit er dem Sohn den häufigen Besuch des Theaters erlaubte.

Goethes Vater war ein belesener, ernster, strenger Mann, der abseits von der bunten Märchenwelt seiner Frau und seiner beiden Kinder lebte. Mit 38 Jahren heiratete er die damals 17jährige Tochter des Frankfurter Bürgermeisters Textor. Es war mehr der Gehorsam gegenüber den Wünschen der Eltern als eine große Liebe, die das junge Mädchen veranlaßten, die Frau des soviel älteren, pedantischen Mannes zu werden. Gewiß waren die Schwierigkeiten nicht gering, die sich für die beiden Eheleute aus dem großen Unterschied des Alters wie der Temperamente ergaben. In den meisten Frauen hätten sie wohl alle Lebensfreude erstickt, besonders als später, bei dem Heranwachsen der Kinder, immer häufiger Spannungen überbrückt werden mußten, die sich zwischen ihnen und dem Vater ergaben. Ohne Pathos, mit sieghaftem Frohsinn und mit Selbstverständlichkeit wußte Frau Aja, wie sie sich gern nennen hörte, und auch in ihren Briefen gern selbst nannte, alle Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen.

„Wer wird sich grämen, daß nicht immer Vollmond ist und daß die Sonne im Oktober nicht so warm macht als im Julius. Nur das Gegenwärtige gut gebraucht und gar nicht daran gedacht, daß es anders sein könnte, so kommt man am besten durch die Welt — und das Durchkommen ist doch (alles wohl überlegt) die Hauptsache."

„Wenn man ein Bein bricht, ist es ein großes Glück, daß es der Hals nicht war." Zahllos sind solche Bemerkungen, die zeigen, mit welcher inneren Freiheit sie sich über schwere Situationen hinwegzusetzen verstand.

Nicht nur sich selbst wußte sie zu helfen. Auch anderen gegenüber war sie stets hilfsbereit. „Noch kein Mensch ist mißvergnügt von mir weggegangen. . . Ich habe die Menschen sehr lieb, und das fühlt alt und jung, gehe ohne Prätension durch die Welt, und dies behagt allen Erdensöhnen und -töchtern, — bemoralisiere niemand, suche immer die gute Seite auszuspähen . . . und bei dieser Methode befinde ich mich wohl, glücklich und vergnügt." So sagt sie von sich selbst.

Zeit ihres Lebens hat sie ein gastfreies Haus geführt. Geldsorgen hat sie freilich auch niemals gekannt. Gar lustig ging es oft in dem großen schönen Patrizierhaus am Hirschgraben zu. In einem ihrer Briefe, durch die wir heute noch, nach 150 Jahren, die Frische eines Menschen voll warmer Lebendigkeit durchfühlen, schreibt sie einmal ihrem Sohne nach Rom:

„Deine übrigen Freunde sind alle noch die sie waren, keiner hat so Riesenschritte wie Du gemacht. Wenn Du herkommst, so müssen diese Menschenkinder alle eingeladen und herrlich traktiert werden, Wildpreis, Braten, Geflügel wie Sand am Meer, — es soll eben pompös hergehen, lieber-Sohn. . . . Du wirst doch, ehe Du kommst, noch etwas von Dir hören lassen, so glaube ich, jede Postschiffe brächte meinen einzig geliebten; — und betrogene Hoffnung ist meine Sache gar nicht."

In ihren späteren Lebensjahren kam keine Person von Bedeutung nach Frankfurt, die nicht der Mutter des berühmten Dichters einen Besuch machte. Voll Stolz schrieb sie einmal: „Ich bin viel glücklicher als die Frau v. Reck. — Die Dame muß reisen, um die gelehrten Männer Deutschlands zu sehen, bei mich kommen sie Alle in's Haus, das war ungleich bequemer, — ja, ja, wenns Gott gönnt, gibt ers im Schlaf."

Keck und unbekümmert setzt sich Frau Aja über alle Regeln der Orthographie hinweg. Aber wie anschaulich ist die Sprache ihrer Briefe. Wie lebendig steht sie und ihre Umgebung vor uns.

Unverwüstlich war ihr Humor und ihre innere Gelassenheit bis in ihre letzten Tage hinein. So soll sie am Morgen ihres Todestages eine Einladung erhalten haben, auf die sie erwidern ließ: „Die Frau Rath könne nicht kommen, denn sie müsse alleweil sterben." Im Alter von 77 Jahren starb sie. Ihr Leichenbegängnis hatte sie auf das Genaueste angeordnet. Weinsorte und Größe der Brezeln hatte sie bestimmt und ihre Mägde aufgefordert, ja nicht zu wenig Rosinen in den Kuchen zu nehmen. „Das konnte ich mein Lebtag nicht leiden, und ich würde mich noch im Grabe darüber ärgern."

Die heilige Maria und die Mutter.

Legende von **Gustav Müller-Wolf.**

Einer Mutter war ihr Kind abhanden gekommen. Nach vergeblichem Suchen in Garten, Feld und Wald lief sie voll Verzweiflung zum Bilde der heiligen Gottesmutter und flehte sie unter strömenden Tränen an, ihr wieder zu dem Kinde zu verhelfen. Danach lief sie hoffnungsvoll und suchte wieder nach dem Knaben auf dem Boden, im Keller, in Schuppen und Scheune, bei den Nachbarn, im Garten, auf den Wiesen, am Bach, im Wald, auf den Straßen und kehrte allein zurück, betete wieder unter Schluchzen und schlug sich die Hände vor die Brust und lief und suchte, alles vergebens. Die ganze Nacht betete und weinte sie. Im ersten Morgengrauen lief sie Haus und Gassen ab, durch den Tau in Wiese und Wald. Und wie die Sonne groß und gelassen langsam aufstieg, kam sie ein großer Zorn an, daß die Gottesmutter sie beten und bangen und suchen und sehnen ließ und so gleichmütig über ihrem Altar stehen blieb. Sie schritt in die Kapelle, nahm der Allerheiligsten ihr göttliches Kind aus den Armen und sprach: „Nun such du! Ehe ich nicht mein Kind habe, kriegst du deins nicht wieder."

Ging heim, wickelte das Kind mit Sorgfalt in ihren Brautschleier, legte das heilige Bündel zu ihren köstlichen Schätzen weich gebettet in ihre Truhe, drehte den Schlüssel um, drehte ihn ab, verbarg ihn auf ihrer Brust und ging trotzig und tapfer an ihr Tagewerk.

Die Gottesmutter, starr vor Schreck, stand noch immer unter ihrem himmelblauen, sterngeblümten Baldachin. Endlich mog sie die Arme: das Kind war wirklich fort. Sie schüttelte den Kopf, seufzte, stieg endlich herunter in die einsame Kapelle und trat geblendet in den Morgen hinaus.

Ein Taumöltlein kam geflogen und bot sich ihren goldenen Füßen als Luftschiffleln. Sie bestieg es und säuselte über die sonnige Welt hin. Die Blumen blühten, die Vögel sangen, die Bauern mähten das glitzernde Gras, Wagen knarrten auf den Straßen. Und da kamen die ersten Kinder auf die Wiese gehüpft und sangen und sprangen, plätscherten in dem hellen Bach, pflückten Blumen, kränzten sich und tanzten den Ringelreihen. Und die Gottesmutter saßte an ihre Brust und wollte ihr Kind unter den heiteren Haufen setzen, aber da war ihr Kind fort, und sie wurde ganz aufgeregt und endlich hell wach. Und die allerheiligste Gottesmutter kutschierte ungeduldig, leidenschaftlich auf ihrem Flaumvögelchen über der ganzen Gegend hin und her, guckte sich die Augen aus in die Wälder und Hecken. Und jedem Kinde hob sie das Kinn, ob es ihr Taschkind sei, und jedes Kind machte ihr mehr Heimweh nach dem eigenen, so daß am Ende ihre hellen Tränen durch das Taumöltlein träpfelten und, von der Sonne in tausendfarbige Diamanten umgegoldet, ins Gras perlten.

Endlich erblickte sie das verlorene Knäblein am Waldsaum auf einer Wiese neben einem Seiltänzerwagen in den Armen eines schönen Mädchens wohlgeborgen schlummernd. Es war den Leuten, hinter ihrem wunderlichen Aeffchen herlaumelnd, zugelaufen und von dem schönen Mädchen mütterlich aufgenommen, gespeist, behütet und gebettet worden. Das Mädchen war längst wach und blinzelte zärtlich aus seinen dunklen Augen auf den Knaben, mit dem Warnfinger ein vorwitziges frühwaches Hündchen zurückscheuchend. Als die allerheiligste Gottesmutter plötzlich in der Sonne dastand, blickte sie erstaunt auf und ließ willig die Göttliche, die es hastig hatte, das Kind von ihrer Brust nehmen, ihm nur noch einmal die lockige Stirn küssend. Dann raffte sich das lose Heidenkind auf und sprang trällernd und die Hände auf die Brust pressend nach dem Hintertürchen des Wagenhäuschens und zupfte einen langen, braunen, schwarzhaarigen Burschen am Ohr, daß er gähnend erwachte.

Die Muttergottes indessen, auf der Eilfahrt ihres Wölkchens erst richtig dem Kind ins Gesicht blickend — sie kannte es wohl, es hatte viele, viele Sträuchen, auf die Zehen gereckt, auf ihren Altar hinaufgesöücht — es schmerzlich vor Sorge um das eigene Knäblein küssend, — wer weiß, es erstickte gar in der Truhe! — hätte die Frau es doch in die Wiege gelegt! — trieb eifrig den Wind, der sich vorgespannt hatte, rief ein paar müßige Engelchen, daß sie mit vollen Backen hinterher bliesen, und so stob das Kutschlein wie das Täublein über die Blumenwiesen und Waldwipfel, über die Kapelle, wo das Morgenglöckchen bimmelte, bis vor die Haustür, wo die Mutter gerade die Morgensuppe über den Flur trug in die Stube für den Vater.

Die Muttergottes führte das Kind, das eben erwachte und sich die Augen rieb, an seinem Händchen taumelig über die Schwelle zur Mutter. Diese schrie auf, riß es hoch, preßte es an sich und herzte es, küßte es und betränkte es reichlich mit Freudentränen.

Die Gottesmutter, wohl gerührt, aber um so verlangender nach ihrem eigenen Knäblein, zupfte die Menschenfrau nach kurzer Weile am Aermel. „Laß!" lachte die aus ihrem Glück heraus und ging denn nun bereitwillig, immer ihr Kind an sich drückend, mit der Allerheiligsten in die Kammer, holte den Schlüssel aus dem Busen, schloß die Truhe auf, und schon hatte die Gottesmutter ihr Bündel herausgerissen, schälte hastig die Schleierwindel ab und sank, ihr Kindlein küssend, vor hastigem Kniezittern zu Boden, flüsterte und koste das Knäblein so unerjättlich, daß die Menschenfrau wieder gleicherweise über ihr Kind herfiel und wußte man nicht, ob die göttliche oder menschliche Mutter herzlicher ihr Kind liebkoste.

Die Härten des amerikanischen Einwanderungsgesetzes. Ein überzeugungskräftiges Beispiel für die Unzulänglichkeit des amerikanischen Einwanderungsgesetzes bildet der vielbesprochene Fall einer Frau Werner, einer Engländerin, die seit vielen Jahren mit ihrem Gatten in den Vereinigten Staaten ansässig ist, der aber jetzt, nachdem sie von einem längeren Aufenthalt in Europa nach der Heimat zurückkehrte, das Betreten des amerikanischen Bodens von der Einwanderungsbehörde verwehrt worden war. Den Stein des Anstoßes bildete in diesem Fall das wenige Monate alte Kind von Frau Werner, das in Italien das Licht der Welt erblickt hatte. Aus diesem Grunde erklärte man der Mutter, daß sie mit ihrem Kind erst in Amerika zugelassen würde, wenn die italienische Einwanderungsquote unter die vom Gesetz festgesetzte Höchstgrenze heruntergegangen sei. Frau Werner mußte sich wohl oder übel entschließen, mit dem Kind und der Amme vorläufig in Ellis Island Quartier zu beziehen. Angesichts des Entrüstungssturmes hat sich jetzt indessen der Arbeitsminister Davis mit Rücksicht auf die besonderen Umstände, die hier in Frage kommen, bereit gefunden, eine Ausnahme von der Regel zu machen und Frau Werner mit ihrem Kind wieder ins Land zu lassen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192407151-17/fragment/page=0008